

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rote Straße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleiste 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unermüdliche Agitation für den Verband ist Pflicht jedes Kollegen

Das Unternehmertum steht finanziell gerüstet und stärkt täglich seine organisatorischen Machtmittel

Metallarbeiter, gehet hin und tuet desgleichen!

Vom Arbeitsverdienst der Aktionäre

In unserer letzten Veröffentlichung (Nr. 3 der M.-Z.) über dieses Thema teilten wir die Retorikdividende von 50 Prozent der **Baroper Walzwerke A.-G.** mit. Der inzwischen erschienene Geschäftsbericht veranlaßt uns, noch mit einigen Sätzen darauf einzugehen.

Der Bruttoüberschuss stellt sich auf 14238677 (i. V. 1891566) M., Einnahmen an Miete und Zinsen 189740 (82973) M. Nach Abzug der gesamten Unkosten und 4489381 (444984) M. Abschreibungen und außerdem 1500000 M. Rückstellungen für die Einführung der neuen Aktien, 1000000 M. für Steuern, 1500000 M. für Umbauten und Neuanlagen verbleibt ein Reingewinn von 4661597 (867769) M. Der Aufsichtsrat erhielt für seine „mühevoller“ Tätigkeit 482163 (24776) M.

Bruttoüberschuss und Reingewinn haben sich gegenüber dem Vorjahr verzehnfacht. Die Abschreibungen stiegen unter Zuzurechnung der 1,5 Millionen Mark Rückstellungen für Umbauten um das Dreizehnfache, während sich der „Lohn“ der Aufsichtsratsmitglieder um das Achtzehnfache steigerte. Das Wert hatte im Geschäftsjahr 1919/20 durchschnittlich 531 Arbeiter. Aus den Knochen eines jeden Arbeiters wurden 26814 M. Bruttoüberschuss und 11436 M. Reingewinn herausgewirtschaftet. Die 1,5 Millionen zur Einführung der neuen Aktien haben wir zum Reingewinn gerechnet, weil wir der Meinung sind, daß, wenn die Aktionäre auf zwei alte Aktien drei neue zu pari bei einem Börsenkurs von 110 bekommen, die 1,5 Millionen nur ein neues Geschenk an die Aktionäre darstellen. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters im Geschäftsjahr wird kaum höher als 11436 M. gewesen sein, so daß trotz der umfangreichen Abschreibungen und Rückstellungen jeder Arbeiter täglich einen höheren Mehrwert an seine Aktionäre abgeben muß, als sein Lohn nominell betrug. Dieser ungeheure Gewinn wird noch eigenmächtig beleuchtet durch folgenden Satz im Geschäftsbericht: „Im Martiniwerk war von drei Martiniöfen zu je 30 Tonnen nur einer in Betrieb, und dieser auch nur an 18 1/2 Tagen statt an 300 Tagen. Im Walzwerk arbeitete man nur mit der Blockstraße an 209 1/2 Tagen und im Feinblechwalzwerk mit nur 5 von 11 Gerüsten an 220 1/2 Tagen.“

Ganz gewaltig verminderte Produktion und phantastisch hohe Gewinne! Doch im Geschäftsbericht (Verl. Börsen-Courier Nr. 12, 1921) steht auch noch folgender Satz: „Eingreifende und vernünftige Maßnahmen, die Erzeugung sowohl industrieller wie landwirtschaftlicher Gegenstände zu verbilligen und zu heben, erwartet man vergebens.“ „Daß du die Nase im Gesicht behältst!“ würde Fritz Reuter sagen. Erst werden die eisenverbrauchenden Abnehmer durch solche Wuchergewinne geschrippt, dann jammert man über nicht eingetretene Maßnahmen zur Verbilligung der industriellen Produkte. Doch scheint die Verwaltung zu ahnen, daß die Gewinne vielleicht doch nicht immer so reichlich fließen. Deshalb teilt sie den Aktionären folgendes mit: „Die nächste Zukunft hängt von den Anordnungen des Eisenwirtschaftsbundes ab, in welchem die Erzeuger nahezu machtlos sind und deren Beschlüsse nicht nach den Bedürfnissen der Industrie, sondern nach politischen Rücksichten zu fassen gewohnt ist.“ Der böse Eisenwirtschaftsbund! Die Wirksamkeit desselben konnte in dem vorjährigen Geschäftsbericht noch nicht in Erscheinung treten, da er erst ab 1. Mai in Geltung trat. Die Debitoren (Forderungen) erhöhten sich von 0,74 auf 29,3 Mill. M. oder um das 40fache, während die Kreditoren (Schulden) von 925531 M. auf 16700271 M. stiegen. In den nächsten Verhandlungen des Eisenwirtschaftsbundes werden wir dieses Wert besonders berücksichtigen. Magt noch jemand zu bezweifeln, daß die Sozialisierung der Schwerindustrie ein dringendes Gebot der Stunde ist?

Obersteifische Eisenbahnbedarfs A.-G., Berlin. Der Abschluß für das 9 Monate umfassende Geschäftsjahr zeigt einen Bruttoüberschuss von 42837665 (9789917) M. Die Abschreibungen wurden auf 9988567 (6364252) M. bemessen. Der Reingewinn einschließlich Vortrag stellt sich auf 33099002 (3615665) M. Die Dividende von 25 (6) Prozent auf 64 (48) Millionen Mark Aktienkapital erfordert 16 (2,88) Mill. Mark. Das günstige Ergebnis ist in erster Linie auf die Preisgestaltung, auf die allmähliche Annäherung der Inlandspreise an die des Weltmarktes und die im Frühjahr eingetretene Besserung der Markt bei gleichbleibenden Eisenpreisen zurückzuführen. 10 (0) für den Bau von Wohnhäusern 5 (0) Mill. Mark zurückgestellt. Debitoren und Bankguthaben betragen 122,92 (57,17) Mill. Mark. Kreditoren 186,92 (120,06) Mill. Mark. Zur Verbesserung der Betriebe und für Neuanlagen wurde ein Betrag von 11 Mill. Mark aufgewandt. Die Umsätze der Gesellschaft betragen 754798281 (21222730) M. Durch die Erhöhung des Kapitals um 16 auf 4 Mill. Mark flossen der Gesellschaft Rücklagen 3,4 Mill. Mark zu. Eine Verzehnfachung des Reingewinnes ist immerhin nicht zu verzeichnen. Der Satz bezüglich der Preisgestaltung muß festgehalten werden.

Siemens & Halske, A.-G., Berlin. Der Abschluß weist einen Geschäftsgewinn von 26,84 (16,73) Mill. Mark auf. Nach Abzug der Handelsunkosten, Anleihezinßen und Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 16,43 (11,45) Mill. Mark. Hieraus sollen als Dividende verteilt werden: 12 Prozent auf das alte Aktienkapital von 68 Mill. M., 6 Prozent auf das neue Aktienkapital von 3 Mill. M., zusammen 11,34 Mill. M. Ein Betrag von 3 Mill. M. wird der Sonderrücklage zugewiesen und 1,09 (1,08) Mill. M. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Aus der Zwischenbilanz für August und September ergibt sich ein Reingewinn von 4,82 Mill. M., wovon eine Dividende von 2 Mill. M. auf das gesamte Kapital ausgeschüttet werden soll.

Siemens-Schuckertwerke, G. m. b. H. Die Gesellschaft erzielte einen Bruttogewinn von 37,2 Millionen Mark. Nach Abzug der Handelsunkosten usw. verbleibt ein Reingewinn von 12,76 (15,29) Millionen Mark, aus dem 10 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Die Zwischenbilanz August-September ergibt einen Reingewinn von 2,80 Millionen Mark, woraus eine anteilige Dividende von 10 Prozent ausgeschüttet wird.

Reckart'sche Fahrzeugwerke. Aus dem Reingewinn für 1919/20 in der Höhe von 1753881 (923500) M. sollen die festgesetzte Vorgangsdividende auf den eingezahlten Betrag (25 Prozent) der Vorgangssaktien und wieder 15 Prozent auf die Stammaktien vorgeschlagen werden. Ferner wird vorgeschlagen die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 auf 20 Mill. M., Bezugsrecht 1:1 zu 110 Prozent mit Gewinnbeteiligung ab 1. Oktober 1920. 400 Aktien sollen zur Einführung an der Börse verhandelt werden.

Metallindustrie A.-G. vorm. Jung & Lindig, Freiberg i. S. Das Aktienkapital beträgt 3750000 M. Der erzielte Bruttogewinn stellt sich auf 3772625 (1122778) M. Nach Abzug von Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1614018 (893135) M., der wie folgt verteilt wird: 750000 M. 20 (15) Prozent Dividende, 750000 M. als Sondervergütung von 200 M. auf jede Aktie, 114618 M. Vortrag auf neue Rechnung.

Verenigte Eisenhütten u. Maschinenbau A.-G. in Darmen. Die Gesellschaft beantragt die Verteilung von 20 (i. V. 15) Prozent Dividende und 10 (0) Prozent Sondervergütung. Die Gesellschaft wird ihr Kapital um 1,5 auf 3,7 Millionen Mark erhöhen, dabei erhalten die Aktionäre ein Bezugsrecht im Verhältnis von 2:1 zu 150 Prozent.

Spezial-Fahrradwerke Gebr. Conrad & Paß A.-G., Brandenburg a. S. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1919/20 weist einen Fabrikationsgewinn aus von 1486991 (i. V. 831520) M. Nach Abschreibungen in Höhe von 38291 (40328) M. verbleibt ein Überschuss von 622105 (443006) M., aus dem 20 Prozent Dividende (10 Proz. und 5 Proz. Bonus) verteilt werden sollen.

Saugerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Hornung & Nabe. Reingewinn 2746406 M. (1288640) M., Reingewinn 676000 M. (308864) M., Dividende 20 (15) Prozent auf das erhöhte Aktienkapital.

G. Sebeck A.-G., Cestemünde-Bremerhaven. Bei einem Betriebsergebnis aus 1919/20 nach Abzug der Betriebsunkosten und Kursabschreibungen auf Effekten von 4407788 (i. V. 2059570) M. sollen aus dem nach 1088338 (830694) M. Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von 2063559 (857008) M. 15 (12 1/2) Proz. Dividende und 10 (0) Prozent Bonus verteilt werden.

Siegerländer Werke. Die Generalversammlung beschloß, das Grundkapital um 340000 Mark auf 3 Millionen Mark zu erhöhen und setzte die Dividende auf 10 Prozent fest. Die neuen Aktien sollen als Gratisaktien im Verhältnis von 1:10 angeboten werden.

Fittingwerke Gebr. Jaden A.-G. in Düsseldorf. Nach Abzug von 853000 (i. V. 460770) M. Abschreibungen und 105111 (51139) M. Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 949587 (821210) M., aus dem 20 (6) Prozent Dividende verteilt werden und 269087 (105210) M. zum Vortrag auf neue Rechnung gelangen sollen.

150 Proz. bei den Schiffwerken A.-G. in Seebach bei Höchst. Welche außerordentlichen Gewinne auch verhältnismäßig kleine Unternehmen erzielen können, zeigt der Abschluß dieses Unternehmens für 1919/20. Bei einem von 1,235 auf 1,835 Mill. M. erhöhten Aktienkapital wurde nach Abschreibungen von 0,299 Mill. M. (i. V. 0,046) ein Überschuss von 6,965 (1,617) Mill. M., also das mehr als Vierfache des Aktienkapitals erzielt, aus dem wie im Vorjahre 20 Prozent Dividende und 30 Prozent Bonus ausgeschüttet, sowie 1,535 Mill. M., das sind weitere 100 Proz. zur Einzahlung auf Gratisaktien verwendet werden sollen. Bereits im Vorjahre war von den 300000 M. damals ausgegebenen jungen Aktien der Aktionären ein Betrag von 247000 M. gratis zur Verfügung gestellt worden. Bei der diesmaligen Kapitalerhöhung werden außer den jungen Aktien einem Bankensortiment zu 200 Proz. übergeben. Am Gewinn dieses Konsortiums ist die Gesellschaft mit 50 Proz. beteiligt. In der Bilanz sind ausgewiesen Außenstände mit 4,22 (1,477) Mill. M., Mark Bankguthaben mit 10,757 (1,328) Mill. M., Wertpapiere mit 3,805 (0,368) Mill. M., Kreditoren inkl. Auslandsverbindlichkeiten 11,250 (0,863) Mill. M.

100 Prozent Dividende. Die Hensburger Dampfmaschinen-Gesellschaft bringt für das Geschäftsjahr 1920 auf das erhöhte Aktienkapital von 6 Millionen Mark eine Dividende von 100 Prozent gegen 20 Prozent im Vorjahr in Vorschlag. Das Unternehmen ist im Besitze großer Vorkonten, die den Aktionären zugute zu kommen werden.

Ein Betriebsrätekongress in Oesterreich

Von Viktor Stein (Wien).

Der Oesterreichische Metallarbeiterverband beruft gemeinsam mit dem Bunde der Industrieangestellten für Mitte Februar den ersten oesterreichischen Betriebsrätekongress ein, und zwar nur für die Metallindustrie. Das ist eine so wichtige Tatsache im gewerkschaftlichen Leben Oesterreichs, daß sie auch einer breiteren Öffentlichkeit in ihrer Tragweite dargelegt zu werden verdient.

Das Betriebsrätewesen ist in Oesterreich um einige Monate älter als in Deutschland, das Gesetz, das die Errichtung von Betriebsräten vorsieht, ist kürzer, vielfach klarer und besser als das jüngere deutsche, welches deutlich den Stempel der Erstarbung der kapitalistischen Klassen trägt. Eines haben aber beide Gesetze gemeinsam: sie kennen keine organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. Wie in Deutschland, müssen auch bei uns in Oesterreich die Betriebsräte oder die zuständigen Gewerkschaften den Zusammenstoß schaffen, wenn er sich als zweckmäßig erweisen sollte, daran kann aber füglich nicht gezweifelt werden. Wenn man in den Betriebsräten nicht bloß Gewerkschaftsvertrauensmänner erblicken will, wie dies in Oesterreich von hervorragenden, namhaften Gewerkschaftsführern gefordert ist und geschieht, sondern wichtige Helfer im Umwandlungsprozeß der kapitalistischen Produktionsform, kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben unvergleichlich besser, gründlicher und rascher erfüllen, wenn sie nach einem einheitlichen Plan vorgehen. Die Aufstellung eines solchen Planes setzt eine Stelle voraus, die sich mit dem Entwurfe, mit seiner Vorbereitung und Ausarbeitung beschäftigt, also eine Organisation. Das oesterreichische Betriebsrätegesetz ist ein Teil der Sozialisierungsgesetze; wenn es also im Gesetze auch nicht besonders angeführt wird, wenn es in der Zufügung der Aufgaben der Betriebsräte (§ 3 des oesterreichischen Gesetzes vom 15. Mai 1919) fehlt, kann niemand leugnen, daß der Gesetzgeber in der Betriebsräteeinführung eine Vorarbeit für die Sozialisierung sieht, daß also die Betriebsräte der Sozialisierung zu dienen haben. Natürlich sollen und müssen die Gewerkschaften mützig; keine Gewerkschaftsorganisation kann sich, ohne an ihrer Anziehungskraft für die Arbeiter, ohne an ihrem Ansehen und Werte schwere Einbußen zu erleiden, dieser Aufgabe entziehen. Aber unentbehrlicher als sie sind mit der Sozialisierung (die, überdies in Oesterreich noch nicht einmal so weit wie in Deutschland gediehen ist) die Betriebsräte beschäftigt.

Die Organisationsfrage der Betriebsräte hat in Oesterreich bei weitem nicht so große Weiterungen hervorgerufen wie in Deutschland. Es mag dies seinen Grund in der Gesamtlage unserer Wirtschaft, in dem unsäglichen Elend der oesterreichischen Arbeiter haben, die nur für praktische Fragen zugänglich sind, von theoretischen und prinzipiellen Diskussionen nicht viel wissen wollen. Aber Ansätze zu einer Organisation der Betriebsräte bestehen auch in Oesterreich. Soll man es als gutes Vorzeichen deuten, daß die Versuche sich meist im Rahmen der Gewerkschaften bewegt haben? Borett ist nicht einmal auf kommunistischer Seite der Versuch gemacht worden, eine Betriebsräteorganisation neben den Zentralverbänden zu schaffen. Um so dringlicher erscheint die Aufgabe, eine solche Organisationsform für die Betriebsräte zu finden, welche ihnen die Erfüllung ihrer Doppelpflicht, Vorkämpfer der Sozialisierung und Gewerkschaftsvertrauensmänner zu sein, ermöglicht. Aber von ernstlichen Schritten zu diesem Ziele ist bis jetzt nirgends etwas zu bemerken gewesen.

Das war sehr bedauerlich. Denn wenn man bei dem unsäglichen Elend, von dem Oesterreich heimgeheftet ist, bei der Zerrüttung der gesamten Wirtschaft, bei dem beäufingigen Gleichgewicht der Kräfte der proletarischen und der bürgerlichen Parteien von Sozialisierung nicht sprechen kann, so ist es um so dringlicher, sich sehr eingehend mit der Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens zu beschäftigen. Dem oesterreichischen Wirtschaftsleben haben der Krieg und der Friedensvertrag viel, viel ärger mitgespielt als dem deutschen. Wir haben schöne, moderne Fabrikanlagen, die jedoch entweder gar nicht oder nur in sehr beschränktem Maße arbeiten. Daran ist in erster Linie der große Rohstoffmangel schuld, den die maßlose Entwertung der Krone noch verschärft. Aber nicht ohne Bedeutung ist auch der Umstand, daß die Wirtschaftspolitik des alten Oesterreich die bestehenden nationalen Zwistigkeiten und Unterschiede sich nutzbar zu machen trachtete; man erzwang Betriebe, wo man billigere oder unorganisierte Arbeitskräfte zu finden hoffte. Die oesterreichische Industriegeographie trägt demnach den Stempel dieser Rücksicht. Zu ihnen gefellte sich das begreifliche Bestreben, das ganze so große Wirtschaftsgebiet zu beherrschen. Und nun ist alles dahin. Von dem großen Absatzgebiet blieb ein kleines verbleibendes, wohl waren umgrößen, aber kaufmännisches Staatsgebilde. Die Arbeiterschaft ist einprächtig (bis auf kleine Bruchteile) und großartig organisiert. Die Verwaltung des Staates nimmt noch immer nicht genügend Rücksicht auf das sozialdemokratische Proletariat, das mit Recht von sich behaupten kann, daß es den Staat geschaffen habe. Das ärgert die Kapitalisten auch. So ist die Verbrossenheit, die in ihren Reihen besteht und bis zur Sabotage der Produktion anwächst, erschrecklich, wenn auch — vom Standpunkt des Staates — nicht entsetzlich.

Der Staat, der übrigens nur von Minute zu Minute sein Dasein fristet, ist an dem Wiederaufbau der Wirtschaft in erster Linie interessiert. Sein Interesse deckt sich zum großen Teile mit dem der heimischen Kapitalisten. Denn fremdes Kapital besitzt viel mehr Rückfichten, verlangt verschiedene Bevorzugungen, wenn es sich vollwirtschaftlich zur Verfügung stellt. Deshalb erstrebt der Staat den Wiederaufbau mit inländischem Kapital in erster Linie. Aber dieses inländische Kapital ist so industrieeindlich geworden, daß es den Antaus

von Häusern und Grundbesitz der Beteiligung an Industrieunternehmungen weit vorgeht. Man bedenke, daß bei uns noch nicht einmal der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft allgemein eingeleitet ist. Es gibt noch große Betriebe, die „nachdenken“, wie sie ihre im Kriege so außerordentlich vergrößerten Anlagen benutzen und verwenden sollen. Auf Seiten der Unternehmer ist nur wenig Initiative zu sehen, bei der Regierung so gut wie gar keine.

Diese Aufgabe ist den Arbeitern und Angestellten vorbehalten, in erster Linie ihren Betriebsräten, welchen somit die Aufgabe zufällt, die Produktion zu leiten. Die bisherige, fast andershalbjährige Praxis hat den Betriebsräten viel Wissen und Kenntnisse vermittelt. Auch die österreichischen Betriebsräte haben sich bis auf ganz verschwindende Ausnahmen auf das Beste bewährt. Man kann auf sie bauen. Rechnet man aber hinzu, daß bei uns von Anfang an hauptsächlich bewährte Gewerkschaftsfunktionäre zum Amte eines Betriebsrates berufen wurden, so erkennt man, daß die Gewerkschaften von der Herangehung der Betriebsräte zu der angeordneten hohen Aufgabe der Gewerkschaften nur Nutzen haben. Um so mehr ist es zu bewundern, daß bis jetzt noch keine Tagung der Betriebsräte abgehalten, noch keine organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte vorgenommen wurde.

Übrigens kann man das in dieser unbedingten Form nicht sagen. Der österreichische Metallarbeiterverband hat die Betriebsräte sehr bald seinem Organisationsgerippe eingefügt. Wir konnten das leicht, weil wir es vornehmlich mit großen Betrieben zu tun haben, die in unserem Verbands als Zahlstellen gelten. Die Betriebsorganisation, geleitet vom Betriebsrat, der gleichzeitig gewerkschaftliche Funktionen erfüllt, ist die Grundlage unserer Organisation, der Hauptträger unserer Lohnkämpfe. In Wien, in Prag, in Wiener Neustadt, in der Obersteiermark treten die Betriebsratsvorsitzenden zu Konferenzen zusammen und fassen Beschlüsse über administrative Angelegenheiten des Verbandes. Die Betriebsratskonferenzen sind ein wichtiger Teil unserer organisatorischen Ausrüstung geworden. Der Schwerpunkt des organisatorischen Lebens ist in die Betriebe verschoben worden, die Gewerkschaft erscheint stark demokratisiert. Ganz von selbst, auf dem natürlichsten Wege hat sich das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft geklärt. Bei unseren Wohnbewegungen spricht das Alltägliche Wiener Komitee aus den Betriebsräten ein gewichtiges Wort mit. Für uns ist daher die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte nicht mehr so schwierig.

Schwieriger, weil eigentlich noch nicht durchberaten, ist die Teilnahme der Betriebsräte an den Wiederaufbauarbeiten. Dazu bedarf es auch der Mitarbeit der Angestellten. Das Verhältnis zwischen unserem Verbands und dem „Bunde der Industrieangestellten“ ist sowohl in den Betrieben als auch im organisatorischen Leben ein sehr gutes. Die Organisationsverhältnisse bei den österreichischen Angestellten sind sehr einfach; wer als organisiert gelten will, muß Mitglied des Bundes sein, der außer dem Zentralnationalen Handlungsgehilfen-Verband und einer zweiten, ganz kleinen gelben Vereinigung keinerlei Konkurrenten hat. Auf die Mitarbeit der Angestellten können wir also rechnen. In ihren Reihen gibt es eine stattliche Zahl erstklassiger Arbeiter mit reichen wertvollen Erfahrungen. Sie in den Dienst des Wiederaufbaus zu stellen, sie zu sichern und ordnen und mit den Kräften der übrigen Arbeiterkraft zu vereinigen, ist Sache des Kongresses der Betriebsräte der Metallindustrie.

Wir marschieren auch da an der Spitze. Die Metallindustrie ist in Österreich die stärkste und wichtigste. Ihre Bedeutung für den Wiederaufbau liegt klar zutage, da Österreichs Stahlindustrie in der ganzen Welt konkurrenzfähig ist. Dieser Bedeutung entspricht auch die Stellung unseres Verbandes im Wirtschaftsleben. Gelinzt es unserem Kongress, einen realisierbaren Plan für den Wiederaufbau zu entwerfen — und es besteht die begründete Hoffnung, daß es gelingt —, dann wird unser Betriebsratskongress in noch höherem Maße als bisher eine gewaltige Leistung darstellen, eine Leistung im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, eine nicht mindere aber im Dienste der Gewerkschaften, weil durch ihn das Problem: Gewerkschaft und Betriebsrat gelöst wird.

Der gewerkschaftliche Kampf in der Tschecho-Slowakei

Es ist schon verschiedentlich gesagt worden, daß die Wirtschaftskrisis in der Tschecho-Slowakei ein Beispiel für die Folgen der Kapitalakkumulation in den kapitalistischen Staaten der Welt darstellt. Dies ist ein weitgehender Unterschied in ihrer Auswirkung. Sie sind grundsätzlich verschiedene Natur in den kapitalistischen Staaten der Welt, wobei in Amerika und England und als Gegensatz dazu in den wirtschaftlich schwachen mittelständischen Staaten. Ganz treffend charakterisiert der bürgerliche Nationalökonom Eugen Stolper im „österreichischen Volkswirt“ den Zustand in diesen Staaten, wenn er seit Kriegsende drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung unterscheidet. Die erste, von Ende 1918 bis Februar 1920, ist jene des beispiellosen Sturzes der Wälua, des Ausverkaufs in den besiegten Staaten und der Klüppelung der Unternehmer. Die zweite, die die kurze Spanne von Februar bis Juni 1920 umfaßt, brachte eine Erholung der Wälua, infolgedessen eine Unterbindung der Ausfuhr in die Länder mit hochwertigem Geld, industriellen Stillstand in den besiegten Ländern. Die dritte Phase weist deutlich einen Niedergang der Wälua auf, aber ohne die Hochkonjunktur der ersten Friedensmonate, weil die Reallohnrate der Profite und die hohen Preise eine Schärfe mit sich in der unangenehmen Kraft der Wälua. In der ersten Phase waren alle Bedrohungen und Bedrohungen für die zweite Phase der Bewässerung unerschwinglich wegen des tiefen Standes der Wälua, eine französische Zeitung setzte auf der Bevölkerung. Als die Wälua sich hob, wurde die Beschäftigung der Industrie, insbesondere der Exportindustrie, geringer, was bedrohliche wieder Arbeitslosigkeit die Arbeiterkraft.

So mag sich die Krise infolge der schon vorangegangenen Besetzung der Märkte in den Staaten der Mittelmächte wesentlich schärfer und bedrohlicher fühlbar machen als bei den Neutralen oder bei der Entente. Man geht ja nach der politischen Ideologie die

Ltschoslomakei zu den „Siegerstaaten“, wirtschaftlich ist sie aber in genau der gleichen Situation wie Deutschland oder Österreich — mit kleinen graduellen Unterschieden, indem es derzeit nicht so gut steht wie letzteres und nicht so schlecht wie das allgemeine Sorgenkind Europas.

Der Staat hat bisher leider nicht Zeit gehabt, irgendwelche genaue statistische Daten über die Arbeitslosigkeit sammeln zu lassen. So weiß man bloß, daß eine große Arbeitslosigkeit herrscht, ohne sich aber über den genaueren Umfang im Klaren zu sein. In Prag allein sind etwa 1000 arbeitslose Metallarbeiter gemeldet, in der landwirtschaftlichen Maschinensfabrik ist die Produktion eingeschränkt, eine große Zahl von Arbeitslosen befindet sich in den Industriebezirken von Jungbunzlau, Kolín, Brandeis a. G., Wilma usw. In der Schuhindustrie ist die Arbeitslosigkeit besonders groß, der Lederarbeiterverband allein beträgt von über 10000 Arbeitslosen. Durch einen unglücklichen Baumwollankauf zu wahnwitzig hohen Preisen, den der Staat seinerzeit durchführte, werden die Preise für Textilwaren auf einer Höhe gehalten, die gegenüber Deutschland eine Differenz von circa 40 Prozent ausmacht, und die natürliche, aber ebenso beklagenswerte Folge sowohl für die Textilarbeiter wie für die ganze Bevölkerung, die unter einem großen Mangel an Wäsche und Stoffen leidet, ist der Stillstand der Textilindustrie. Während vor dem Kriege monatlich rund 5100 Tonnen Textilwaren verbraucht wurden, ist diese Quote in den letzten Monaten auf 1600 Tonnen heruntergegangen.

Überblickt man die Berichte aus den einzelnen Industrien, so kann die Zahl der Arbeitslosen auf etwa 200000 geschätzt werden, wozu dann ferner eine mindestens ebenso große, wenn nicht größere Anzahl von Kurzarbeitern tritt. Es war selbstverständlich das Hauptstreben der Gewerkschaften, speziell des Metallarbeiterverbandes, die Arbeitslosigkeit einzubämmen und Entlassungen zu verhindern. In überaus zahlreichen Fällen gelang es auch, trotz nachgewiesener schlechter Konjunktur Entlassungen zu verhindern. Mit dem deutschen Hauptverband der Industrie in Reichert und Leppig wurde über eine Vereinbarung verhandelt, daß Entlassungen überhaupt nicht vorgenommen werden sollten. Ein Abschluß erfolgte zwar nicht, doch kommen tatsächlich Entlassungen äußerst selten vor. Es kann gesagt werden, daß es den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterkraft bisher gelungen ist, einen großen Teil der Streifenfolgen auf die Unternehmer abzumwälzen.

Diese Tatsache zeigt am besten die Position, die sich die Gewerkschaften erzwungen haben. Die Zeit vor dem Kriege charakterisiert sich in der gewerkschaftlichen Entwicklung als der erbitterte Kampf zwischen den sogenannten Zentralisten und Separatisten, der schon an und für sich eine große Hemmung bedeutete. Auf seinem Höhepunkt im Jahre 1912 zählte der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund 107263 Mitglieder, während diese Zahl im Jahre 1916 bis auf 23932 sank. Das Jahr 1917 brachte eine gewisse Erholung auf 42728, die größte Ausbreitung aber setzte nach dem Umsturz des Jahres 1918 ein, wo bereits 161447 Mitglieder gezählt werden konnten. Am Jahresabschluss 1919 erhöhte sich diese Zahl auf 227055 und heute kann gesagt werden, daß der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund wohl bereits in seinen 54 Verbänden über 1 Million Mitglieder vereinigt. Ganz analog spielte sich die Entwicklung im Metallarbeiterverband ab. Zählte der Verband bei seiner Gründung im Jahre 1909 erst 6724 Mitglieder, so kam er heute rund 160000 Kollegen und Kolleginnen in seinen Reihen mustern und ist die beherrschende Gewerkschaftsorganisation des Landes überhaupt.

Diese gewaltige Entwicklung mußte naturgemäß eine Verhärtung der Positionen der Arbeiterkraft zur Folge haben. Die Arbeitsverhältnisse sind durchweg durch Löhnerträge geregelt, die sich teils nach Regionen, teils nach Berufen gliedern und in manchen Fällen bis zu 50000 Arbeiter umfassen. Es wurde ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Vertrauensleute in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses, diesbach auch bei der Aufnahme und Entlassung von Arbeitern sowie ein vertraglicher Schutz der Vertrauensleute vor Entlassung erreicht. In den großen Betrieben erfüllt die Institution der Hauptvertrauensleute, die von der Arbeit entzogen sind, der Kostenaufschlag wird streng eingehalten und seiner Verlängerung durch hohe Überzeithöchstleistungen ein Ziel vorgegeben. Vertragsgemäß wurde für die Arbeiter bezahlter Urlaub erteilt, der sich zwischen einer bis drei Wochen bewegt.

Die herrschende Krise hat diese Tätigkeit begründeterweise sehr erschwert. Die Unternehmer, die nur widerstreben einem Abbau ihrer Hausherrrechte zumuteten, wämlen in manchen Fällen den Augenblick gekommen, um die alten Positionen wieder zurückzuerobieren. Sie setzten in ihren Bestimmungen ausgiebige Hilfe von einer Seite, von der sie sie wohl am wenigsten erwarten mochten: von der Arbeiterkraft selbst. Mitte Dezember vorigen Jahres erreichte die Differenz innerhalb der sozialdemokratischen Partei ihren Höhepunkt, nachdem das Prager Volkshaus mit dem Zentralorgan der Partei, das im September durch die Wälua besetzt, dann aber im Gerichtsverfahren der Wälua zugesprochen wurde, von der Staatsgewalt besetzt und der Wälua zurückgegeben worden war. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wurde seitens der tschechoslowakischen Wälua ein Generalstreik proklamiert, der nahezu in allen Landesteilen, fast überall aber nur teilweise eingeleitet und dann infolge der unglücklichen Verhältnisse auch einwöchentlich, sporadisch sich betretender Dauer völlig erfolglos abgebrochen werden mußte. Es mühte nichts, daß seitens der Streikleitung eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Forderungen aufgestellt wurde, wie sofortige Einführung der Betriebsräte, Beschleunigung der Sozialreform, der Kampf, entstanden aus einem Bruderkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung, mußte von vornherein zum Scheitern verurteilt sein — und dies um so mehr, da die Staatsgewalt überall mit größter Wehrbereitschaft, abgesehen sich die Bewegung doch in erster Linie gegen die Staatsgewalt richten sollte. Nach dem Streik setzte eine unglückliche Reaktion ein, die Vertrauensleute der Arbeiterkraft wurden verhaftet und gegenwärtig mögen wohl über 3000 Kollegen hinter Gittern in tschechoslowakischen Gefängnissen, denen wegen „Aufruhr“ und „Hochverrat“ der Prozeß gemacht wird.

Die tschechoslowakischen Unternehmer aber erkannten allzuoft den Postell, der ihnen aus der Bewegung kommen konnte, und verdrängten allenthalben,

die erzwungenen Rechte der Arbeiterkraft zu befestigen. Als Beispiel für den geschwollenen Ramm der Herrschaften kann die Zumutung der Komotauer Industriellen dienen, die die Arbeit nur mit den Arbeitern aufnehmen wollten, die ihnen pakteten, und das Ding so verstanden, daß 750 Mann entlassen werden sollten, welter die von der Arbeit entlassenen Hauptvertrauensleute und das ihnen beschaffte Einspruchsrecht der Vertrauensleute bei Aufnahme und Entlassung von Arbeitern auszumergen beabsichtigten. In ähnlicher Weise gingen die Unternehmer auch in anderen Orten vor. Die Gewerkschaften stellten sich überall mit ihrer ganzen Energie diesen Bestrebungen der Unternehmer entgegen und konnten die Verschlechterung der verträglichen Bestimmungen reiflos abwehren.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht versucht namentlich das Großkapital mit Erfolg eine Festigung. Unter der Oberhoheit des französischen Krupp, des bekannten Schneider-Creuzot wird an einem großen Konzern in der Metallindustrie gearbeitet, der die größten Betriebe des Landes umfaßt: die großer Stabwerke in Pilsen, Ringhoffer, Bromowitz, die Süßwerke A. G., die Friedrichswerke, die Wäluhütte in Kladow und das Kaderer Eisenwerk. Der gleiche Konzentrationsprozeß vollzieht sich beim Finanzkapital. Die Finanzkraftbank, die sich aus einem mittleren Institut zu einer der größten europäischen Banken entwickelt hat, „kontrolliert“ die meisten industriellen Betriebe oder ist an ihnen in starkem Maße beteiligt. Die kühner chemische Fabrik Schickl, die Ringhofferwerke Prag, die österreichischen Textilwerke, die Janto-Petroleum, die wieder mit schweizerischem Kapital in Verbindung steht, die Öl-, Berg- und Glühwerke, die Bergmannwerke Wodenbad, die Zucker- und Seifenindustrie stehen mit ihr in enger Verbindung.

Unter diesen Verhältnissen ist es begreiflich, wenn der Staat nicht die von der Arbeiterkraft erträumte sozialistische Republik geworden ist, sondern ein kapitalistisches Gebilde ersten Ranges blieb. Weber sind heute die Betriebsräte, noch die Sozialisierung, noch eine ausreichende Sozialgesetzgebung realisiert. Man spricht von allen diesen Sachen wie von einem erwünschten Ideal, macht ihnen allseitig schöne Verheißungen, aber die Verwirklichung läßt sehr lange auf sich warten. So ist auch die Unzufriedenheit der Arbeiterkraft zu verstehen, die dann in so planlosen Aktionen verpufft, wie eben der „Generalstreik“ eine war. Durch die besonderen nationalen Verhältnisse ist die Kraft der Arbeiterkraft hier noch mehr geschwächt als anderswo. Den im tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbänden ist es in unerträglicher Arbeit gelungen, auch die Arbeiterkraft der nichttschechoslowakischen Nationen dieses Staates in ihren Reihen zu vereinigen. Besonders zielweisend ist hier der Metallarbeiterverband vorgegangen, der heute neben circa 110000 tschechoslowakischen 20000 deutsche und slowakische und je 5000 polnische und magarische Mitglieder umfaßt, für die selbstverständlich eigene Verbandsblätter herausgegeben werden. Es ist indessen tief bedauerlich, daß der Großteil der deutschen Kollegen den Weg in die einheitliche Organisation nicht gefunden hat, sondern in eigenen Verbänden konzentriert ist, deren Tätigkeitsgebiet hauptsächlich im sogenannten Sudetenland liegt, während die deutschen Gebiete während der tschechoslowakischen Verbänden angeschlossen sind. Würden die deutschen Kollegen, an deren Reichsberger Gewerkschaftskommission nach ihren Angaben schon nahezu eine halbe Million Mitglieder angeschlossen sind, in einer geschlossenen Einheitsfront mit der übrigen Arbeiterkraft stehen, so müßte die Kraft dieser konzentrierten Arbeitermassen eine unüberwindliche sein. Hoffentlich gelingt es den Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, und in gleichem Maße der drohenden Reaktion des heimischen Unternehmertums und Finanzkapitals, die Arbeiterkraft von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen und diesen in absehbarer Zeit auch zu realisieren. Dem Proletariat würde damit hoher Gewinn erzielt werden und in ungleich weitgehenderem Maße denn bisher wäre es imstande, Wälua um Wälua zu schlagen in die Wälua des Kapitalismus bis zum endlichen Siege der leuchtenden Idee des Sozialismus. J. B.

Kleine Wirtschaftschronik aus aller Welt

Arbeitslosigkeit — auch in der Kohlenproduktion. In Schwales (England) sind 20000 Kohlenbergarbeiter wegen der allgemeinen Wirtschaftskrise arbeitslos.

Gewinnbeteiligung. Das neue französische Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ berichtet (6. Januar) von der dem Unterhand und dem Senat unterbreiteten Gesetzesvorlage über eine obligatorische Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Staat und Wirtschaft. In England standen die Kohlengruben seit dem Kriege unter Staatskontrolle bezüglich der Preisfestsetzung und Verteilung der Produkte. Andererseits ist den Grubenbesitzern eine Garantie für einen Mindestgewinn von Staats wegen gewährt worden. Jetzt will die Regierung sowohl die Staatskontrolle wie die Gewinngarantie abbauen.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten, und zwar sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr, ist seit November 1920 in starkem Abnehmen begriffen.

Für Verschuldung der Staaten. England schuldet seit dem Kriege den Vereinigten Staaten einen ungefährl. hohen Betrag (886 Mill. Pfund) wie andere Staaten (Frankreich nicht eingeschlossen) ihm schulden. Ein besonderer Bevollmächtigter Englands ist jetzt nach Amerika gefahren, um dort die wechselseitige Klärung aller dieser Schulden zu erwirken. Die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas würde durch eine derartige Vereinbarung sehr erleichtert.

Kriegsrüstungen. In den Vereinigten Staaten ist dem Kongress ein Antrag im Interesse einer sehr erhöhten Kriegsschiffbauaktivität unterbreitet worden.

Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten wird erschwert. Ein Gesetzentwurf ist bereits vor dem ersten Rat des Kongresses angenommen worden, wonach die Einwanderung auf zwei Jahre überhaupt verboten wird. Ein zweiter Vorschlag will die Zahl der Einwanderer nach einem Schema beschränken, gemäß welchem aus einem jeden Lande nur ein gewisser Prozentsatz des sich bereits in Amerika befindenden Leute hereinkommen darf.

Diese Maschine, bei der also zum ersten Male die Kraft des gespannten Dampfes als Betriebskraft in technischem Sinne zur Anwendung kam, war jedoch in ihren Funktionen noch sehr unvollkommen und unwechselfähig; noch fehlte ihr jede zweckmäßige technische Form, die sie zur praktischen Anwendung reif gemacht hätte, und überdies erkannte die Welt nicht im entferntesten die ungeheure Tragweite des neuen Prinzips. Die Gelehrten zauderten in oft bewiesener Kurzsichtigkeit die Köpfe über Papins Idee und die Techniker waren damals noch nicht imstande, für das neue Prinzip die geeignete technische Konstruktionsform zu finden. Nach einer Reihe vergeblicher Versuche stellte Papin seine Tätigkeit auf diesem Gebiete wieder ein, er wechselte dem Schicksal des verkannten Erfinders. Derjenige aber, der als erster Papins Idee wieder aufnahm und durch eigene bedeutungsvolle Erfindertätigkeit für die praktische Anwendung nutzbar machte, war der oben genannte Thomas Newcomen, ein einfacher Großschmied in Orde Darbouth in der Grafschaft Devonshire in England. Über seine persönlichen Verhältnisse ist nichts bekannt geworden, weder sein Geburtsort noch sein Todesstag steht fest. Es wird berichtet, daß er ein stiller, beschämter Mann von streng religiöser Anschauung war und zur Seite der Baptisten gehörte, die von jeher in England eine große Rolle spielten. Er war im Jahr 1700 herum tauchte er als Erfinder auf. Newcomen besaß sich in Gemeinschaft mit seinem Freund, dem Wäler John Calverly, in den Ruhestunden mit technischen Aufgaben und Versuchen, und die Idee Papins, die bei den Gelehrten und Fachgelehrten keine Anerkennung zu finden vermocht hatte, erreichte bei ihnen so großes Interesse, daß sie beschlossen, eine nach dem Prinzip Papins konstruierte Maschine herzustellen und womöglich zu verbessern. Sie wählten sich zunächst mit der Hilfe von Rat an verschiedenen Gelehrten und Techniker, denen sie ihren Plan vortrugen. Diese aber rieten ihnen von ihrem Vorhaben ganz entschieden ab und überredeten sie dahin, daß die Idee einer mit Dampf betriebenen Maschine niemals Erfolg haben könnte, wie das Beispiel Denis Papins beweise. Zum Glück liegen sich die beiden Handwerker durch

Metallarbeiter als Erfinder

Von L. H. B. Hoff (Gießen). (Anfangs ver.)

Die Geschichte der Erfindungen ist nicht nur dem Gelehrten und Techniker, es von Seiten genannt worden, die in mehr oder weniger gutartigen mangelhaften Kräfte ausgearbeitet waren, eine gute Schicksalvolle Verbindung genossen hatten und so von verschiedenen in günstige äußere Verhältnisse gestellt waren, die ihnen bei ihrer erfinderischen Tätigkeit entsprechende in hohem Maße zufallen konnten. Im Gegenteil finden wir neben den Erfindern solcher Herkunft auch zahlreiche andere, die nur einzelne Arbeiter oder Handwerker waren, die ihrer Herkunft nach zu der proletarischen Bevölkerung gehörten und ebenfalls gelehrt oder auch nur Fachbildung ausgearbeitet hatten, Männer, die nur vermögungsreicher Verhältnisse und unter Überdrück großer äußerer Schwierigkeiten zu Erfindern wurden. Das Beispiel trifft besonders für die Entwicklung des modernen Maschinenbaus zu. In dieser haben wir, daß eine große Zahl gerade der wichtigsten und grundlegenden Erfindungen von Arbeitern oder Handwerkern herrühren, von einfachen Schmieden, Schlossern und Metallarbeitern, und es dürfte die Aufmerksamkeit der Leser unseres Blattes in hohem Maße finden, wenn wir sehen und dort wenigstens einiger dieser Männer an dieser Stelle kurz skizzieren wollen.

Der moderne Maschinenbau beginnt mit der Erfindung und Verbesserung der Dampfmaschine, und gerade hier finden wir Handwerker und Arbeiter als Erfinder. Als erster ist hier Thomas Newcomen zu nennen, der Erbauer der ersten atmosphärischen Dampfmaschine überhaupt. Um die Bedeutung dieses Mannes und des Wert seiner Leistung zu würdigen, müssen wir kurz auf die ersten Anfänge der Dampfmaschine eingehen. Der Schmied, den gewöhnlich Wasserbauern zum Betrieb einer Wasserpumpe zu verwenden, der ja an und für sich schon weiß ist und bis ins Mittelalter zurückgeht, hatte gewöhnlich ein Rad gegen den Laufgang der Fl. Jahr-

hundert angenommen. Von grundlegenden Bedeutung waren hierfür die Arbeiter des Franzosen Denis Papin geworden, der zum ersten Male die Anwendung des Wasserdampfes zum Betrieb einer Maschine nach einem neuen und eigenartigen Prinzip lehrte. Die von ihm erfundene Maschine bestand aus einem unten geschlossenen Zylinder, in welchem sich ein Kolben luftdicht auf- und niederbewegen konnte. Zu dem Kolben bestand sich eine kleine Öffnung, welche verschlossen werden konnte; außerdem war der Kolben mit einer Stange verbunden, die ihrerseits wieder mit einem über zwei Rollen laufenden Seil in Verbindung stand. Der Kolben konnte, wenn er oben angelangt war, durch einen in die Kolbenstange eingehenden Kegel in dieser Stellung festgehalten werden. Die Funktion der Maschine war folgende: Zunächst wurde durch die Öffnung in dem Kolben etwas Wasser in den Zylinder gepumpt und darauf der Kolben soweit niedergedrückt, bis er die Oberkante des Wassers berührte, worauf die Öffnung in dem Kolben sich verschloß. Dann wurde Feuer unter dem Zylinder gemacht, durch dessen Erwärmung des Wassers in dem Zylinder in Dampf umgewandelt wurde, der, sobald er heiß genug war, bezw. sobald er genügend Spannkraft erlangt hatte, den Kolben in die Höhe trieb. Oben angekommen, wurde der Kolben durch einen Kegel festgehalten, dann wurde durch Aufgeben von kaltem Wasser der Zylinder und damit zugleich der in ihm enthaltene Wasserdampf abgekühlt. Hierdurch verminderte sich der Dampf wieder in Wasser, so daß unter dem Kolben ein luftleeres Raum entstand. Sodann ließ der Kolben sich wieder in den Zylinder absinken, so wurde infolge der Luftdruck in dem Zylinder der äußere Luftdruck, der jetzt den Kolben mit großer Gewalt in den Zylinder hineintrieb. Befestigt sich nun gleichzeitig an dem Seil, das mit der Kolbenstange in Verbindung steht, eine Last, so wird diese um so viel gehoben, als der Kolben herabsinkt. Wird die Last unten angelangt, so wird wieder Wasser eingepumpt und es beginnt, was das Spiel von neuem beginnt. Sämtliches untere konnte bei dieser Maschine der Kolben zweimal auf- und niedergehen.

Vollsbildung und Arbeiterschaft

Von E. Seyler

Schon vor dem Krieg, aber weit mehr noch nach demselben machte sich das Bestreben bemerkbar, die Arbeiter in den Kreis der Volkshochschulbildung einzubeziehen. Dieses Bestreben ging zunächst von bürgerlicher Seite aus. Es fand zum Teil Zustimmung und Förderung in den Reihen der Arbeiter und ihrer Führer, zum Teil aber auch Widerpruch und Mißtrauen, das sich in den linksstehenden Arbeitergruppen bis zur Feindseligkeit steigerte gegen alles, was von den „Bourgeois“ kommt. Da es einfach nicht angeht, alles zu verwerten, was an Bildungsgut aus bürgerlichem Lager kommt, da es aber ebenförmig angeht, die geistige Kost aus der Küche der bürgerlichen Volkshochschulen zu genießen, wollen wir einmal grundrissig diese so außerordentlich wichtige Frage behandeln, um unsern Kollegen damit Richtlinien für ihre Bildungsarbeit zu geben. Mit der geistigen Nahrung verhält es sich ähnlich wie mit der körperlichen. Nicht alles, was die Natur hervorbringt, ist für den Menschen zuträglich. Manche Gewächse, äußerlich blendend schön, bergen in sich ein tödliches Gift. Andere Gewächse wieder sind nur nach entsprechender Zubereitung für den Menschen bedäunlich und verdaulich. Auch die geistigen Produkte der Menschheit sind nicht alle ohne weiteres genießbar für die arbeitende Klasse. Die einen gleichen den giftigen Pilzen und die andern können nur nach entsprechender Verarbeitung genossen werden.

Betrachten wir einmal die hauptsächlichsten Stoffe, die für die Volkshochschulbildung in Frage kommen und die Art ihrer Behandlung. Da ist Geschichte, deren Kenntnis so außerordentlich notwendig erscheint, um unsere Zeit und ihre Geschichte besser zu verstehen. Wenn gegen den Geschichtsunterricht in den Volkshochschulen und Volkshochschulgruppen ein starkes Mißtrauen besteht, so ist dies nur zu begreiflich. Denn wie wird in den Schulen, besonders in den Volkshochschulen Geschichte gelehrt? Unserer Erfahrungen und ein Blick in die Lehr- und Lesebücher unserer Schulen lehren uns, daß es keinen „objektiven“ Geschichtsunterricht gibt, wie man uns glauben machen möchte. Die allgemein übliche Geschichtsbetrachtung ist ideologisch, das heißt, bei der Besprechung der geschichtlichen Begebenheiten versucht man die Ursachen und Zusammenhänge derselben dem starken Einfluß der leitenden Persönlichkeiten ausschließlich zuzuschreiben, oder, deutlicher gesagt, alle Geschichtsepisoden entspringen dem Willen bestimmter Personen. Aus solcher Geschichtsbetrachtung entsteht naturgemäß der „Heroskultus“, die Verherrlichung der führenden Staatsmänner, Fürsten, Könige und Kaiser, mit der alle unsere Geschichts- und Lesebücher angefüllt sind. Wir Sozialisten dagegen leugnen zwar nicht den teilweise starken Einfluß starker Persönlichkeiten auf den geschichtlichen Entwicklungsprozeß, jedoch letzten Endes ist es „die Produktionsweise des materiellen Lebens, die den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt bedingt“ (Marx).

Wendet man bei der Geschichtsforschung diese von Marx und Engels begründete materialistische Denkmethode an, so kommt man naturlicherweise zu ganz anderen Ergebnissen als bei der vorher erwähnten ideologischen Geschichtsbetrachtung. Wieviele von den Lehrkräften aber, die in der Volkshochschulbildung tätig sind, beherrschen die materialistische Geschichtsauffassung? Ja, wieviele kennen sie auch nur? Oder ist es nicht vielmehr so, daß sie noch mehr oder weniger alle in der von der früheren Wilhelmminischen Hegelierung vorgezeichneten Denkweise befangen sind, die ihnen jede „objektive“ Darstellung der geschichtlichen Begebenheiten erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht? Hier taucht aber sofort die Frage auf, ob es denn überhaupt eine objektive Geschichtsbetrachtung gibt? Wir möchten behaupten: Nein! Denn jeder Redner, mag er nun ein ausgesprochener Parteilmann oder ein sogenannter politisch „Neutraler“ sein, wird, bewußt oder unbewußt, doch seine eigene Meinung zu den einzelnen Begebenheiten zum Besten geben und dadurch zu einem, wenn auch unbeabsichtigten Werturteil kommen. Das sind die Ursachen des Mißtrauens vieler Arbeiter gegen die Volkshochschulen aus bürgerlichem Lager. Dieses Mißtrauen kann aber beseitigt werden, wenn diejenigen, die es angeht, ihre angebotenen oder anerzogenen Vorurteile gegen die sozialistischen Theorien ablegen und sich auch mit unsern Gedankengängen vertraut machen, die sie meist nur vom Hörensagen kennen und nicht durch eingehendes Studium unserer Lehren.

Neben der Geschichte ist Staatsbürgerkunde eines der am meisten behandelten Gebiete, aber auch eines der für die Arbeiter wichtigsten. Denn wer sich ernstlich mit den politischen Tagesfragen beschäftigt, der sollte auch bestrebt sein, die Politik wissenschaftlich zu erlernen, das heißt sich in staats- und verfassungsrechtlichen Fragen zu orientieren. Dazu gehört aber eine Einführung in die verschiedenen staatsphilosophischen Abhandlungen der großen englischen, französischen und deutschen Staatsrechtslehrer über den Staat, über Absolutismus, über Demokratie, Bürgerrecht usw. Hier gilt aber dasselbe, was oben über die Geschichtsbetrachtung gesagt wurde: In der Vortragenden demokratisch gesinnt, wird er größeres Gewicht auf die Lehren von Rousseau und Locke legen, ist er aber konservativ oder deutchnational gesinnt, wird er sich hauptsächlich auf Machiavelli, Hobbes und Stahl stützen. Dabei braucht er dies nicht bewußt zu tun. Dies geschieht ganz von selbst, da niemand aus seiner Haut heraus kann. Es ist aber dann begreiflich, wenn die Teilnehmer an einem Staatsbürgerkursus Mißtrauen gegen die ganze Schule, wenn sie nicht unbedenklich über alle die hauptsächlichsten Theorien vom Staat unterrichtet werden, die sozialistische Auffassung selbstverständlich mit inbegriffen. Nach hier liegt es an den Schulleitungen und den Lehrern, bei der Auswahl des Stoffes sowohl als auch der Lehrkräfte, das größtenteils berechnete Mißtrauen zu überwinden. Und wie sieht es gar mit der für die Arbeiterschaft wichtigsten Wissenschaft aus, mit der Volkswirtschaftslehre? Auf diesem Gebiete kommt es außerordentlich stark darauf an, welche politische Auffassung der Lehrer der Volkshochschule hat. Wird doch die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx gerade von den Anhängern der bürgerlichen Parteien nicht nur ignoriert, sondern sogar verächtlich gemacht. Wieviele von den großen und kleinen Marxkritikern sich die Mühe gemacht und das „Kapital“ wirklich studiert haben, das festzustellen wäre gewiß interessant. Die

meisten davon kennen Marx auch nur von Hörensagen und nicht als seinen Meilen. Ich sah kürzlich ein weit verbreitetes Büchlein über Volkswirtschaftslehre mit einer umfangreichen Literaturangabe, wo weder Marx, noch Ricardo, noch Smith, noch Weber angegeben waren. Diese Tatsache läßt einen Schluß zu auf die ungeheure Einseitigkeit vieler „Nationalökonom“. Fragt man unsere Handels- und Gewerbelehrer, die in kleineren Orten vielfach als Lehrkräfte der Volkshochschulvereine betrautet worden sind, ob sie bei ihren volkswirtschaftlichen Studien etwas von den Marx'schen Lehren gehört oder kennen gelernt haben, dann kommen diese Herren meist in große Verlegenheit. Man kann dem einzelnen Lehrer gewiß keinen Vorwurf machen, denn er ist ja mehr oder weniger ein Opfer des „alten Systems“. Wer sich aber der Volkshochschulbildung widmen will, der hat die Verpflichtung, auch in die sozialistische Gedankenwelt einzudringen, sonst kommt er seinen Schülern aus Arbeiterkreisen niemals nahe. Sonst gibt es nicht jene geistige Arbeiterschaft, die unerlässlich ist, wenn Kopf- und Handarbeiter zusammenwirken sollen an der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Neugestaltung unseres Staatswesens. Über selbst wenn sich Kräfte finden aus dem bürgerlichen Lager, die sich bemühen, den vielfachen Anforderungen gerecht zu werden, die heute an einen wahrhaften Volkshochschulgelehrten werden, werden wir nicht darauf verzichten können, spezielle sozialistische Bildungsarbeit zu leisten. Denn es gilt Gebiete, die nur ein überzeugter Sozialist so behandeln, wie es für die Schulung der Arbeiter zu Klassenbewußtsein notwendig ist. Man denke doch nur an die heute so aktuelle Sozialisierungsfrage, die als Quintessenz der Volkswirtschaftslehre von jedem Vortragenden behandelt werden muß, denn die Arbeiter, die einen solchen Kursus besuchen, verlangen einfach Klarheit in dieser Frage. Niemals jedoch werden sie befriedigt sein, wenn der Vortragende politisch im bürgerlichen Lager steht, denn hier gilt es nicht nur „objektiv“ zu erklären, sondern auch subjektiv Stellung zu nehmen, um die Arbeiter auf die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinzuweisen.

Wir kommen nun zum Schluß dieser Betrachtung und lassen noch einmal zusammen: Den Gefahren, die der proletarischen Bildung durch Beteiligung an der allgemeinen Volkshochschulbildung mit bürgerlichen Lehrkräften drohen, kann man nicht begegnen durch trogloses Beiseitstellen und Abwarten, bis sich einmal die Zahl der sozialistischen Lehrkräfte verdreifacht, verzehnfacht oder gar hundertfacht hat, weil es eigentlich nötig wäre. Nein! Solange Löhne und Löhne für die Bildungsarbeit nicht liegen lassen, denn es ist hierin ohnehin schon zuviel Zeit verfließen worden. Wir müssen in die Volkshochschulbildung eindringen, müssen Einfluß zu gewinnen suchen auf Lehrpläne und Lehrkörper, um durch Kritik und Mitarbeit die gesamte Volkshochschulbildung dahin zu bringen, daß in Zukunft nur Kurse der Volkshochschulen und sonstige können.

Können Mitglieder einer Betriebsvereinbarung eine Entschädigung nach § 87 B. G.?

In der Metallarbeiter-Zeitung vor der Kollege Scheer (Hohenlimburg) zu den Ausführungen ist von Anfang bis zu Ende eine Frage bedarf innerhalb der Klärung, und zwar: Sollen Mitglieder einer Betriebsvereinbarung ohne vorherige Vertretung den Schlichtungsausschuß ausdrücklich bestimmen, daß der Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß anzuernennen hat? Oder ist es nicht vielmehr so, daß der Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß anzuernennen hat, wenn er nicht ausdrücklich bestimmt, daß der Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß anzuernennen hat? Interessant ist folgende Entscheidung des Schlichtungsausschusses von Groß-Berlin:

„Der Schlichtungsausschuß hat in der Sache zu Unrecht seine Zuständigkeit des Betriebsratsgesetzes in die Kündigung ohne Zustimmung des Betriebsrates unklar gestellt die Kündigung überhaupt nicht nach wie vor Arbeitnehmer, hat nach wie vor verhältnis sich ergebenden Rechte und Pflichten seinen Gehaltsanspruch vor den Gerichten als wenn seine Kündigung nicht erfolgt des Schlichtungsausschusses und ein § 84 ff. B. G. ist hier kein Raum. Beschwerde auch zu Unrecht auf § 97 diese Bestimmung regelt nicht ein Anruf durch den Arbeitnehmer, sondern ein so um die fehlende Zustimmung des Betriebsrats des Schlichtungsausschusses erfolgen zu lassen.“

Dieser Ansicht des Demobilisationskommissionen anschließen. Der unbedingte seiner Tätigkeit von dem Unternehmer weiter nichts zu tun, als das Gewerbebetriebe ein vollstreckbares Urteil gegen den Arbeiter erklären sich viele Schlichtungsausschüsse in solchen Fällen für zuständig. Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß ist meistens aber nicht schneller wie vor dem Gewerbegericht, da dieser, wenn der Unternehmer den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anerkennt, zur Vollstreckbarerklärung sofort noch angerufen werden muß. Außerdem hat aber der Unternehmer andererseits bei dem Termin vor dem Schlichtungsausschuß, der vom Arbeitnehmer beantragt ist, Gelegenheit, seinerseits den Antrag zur Bestätigung der Kündigung des Mitgliedes der Betriebsvereinbarung zu stellen. In der Praxis sind diese Fälle schon wiederholt vorgekommen, wodurch unsere Kollegen jedesmal geschädigt werden, denn 1. haben sie dem Unternehmer die Arbeit abgenommen und 2. erleben sie Geldverluste, denn wenn der Unternehmer seinerseits zu befragen ist, den Schlichtungsausschuß anzuernennen, so muß er eben solange bezahlen, bis ihn diese Kosten zur Erfüllung seiner Verpflichtungen veranlassen. Weiter er-

läßt sich ja auch aus dem Artikel des Kollegen Scheer, daß der Schlichtungsausschuß unter ganz anderen Voraussetzungen an die Angelegenheit herangeht, als etwa das Gewerbegericht, so daß auch hierdurch das gekündigte Mitglied einer Betriebsvereinbarung schwer geschädigt werden kann. Der § 97 B. G. ist der einzige dieses Gesetzes, in welchem dem Unternehmer eine klar umrissene Verpflichtung auferlegt ist. Diese Verpflichtung sollte nunmehr von unseren Kollegen nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß sie ihrerseits dem Unternehmer alle Verantwortung abnehmen. Daher sollen also Mitglieder einer Betriebsvereinbarung, die unbedingterweise ihre Kündigung erhalten haben, nicht den Schlichtungsausschuß, sondern das Gewerbegericht anrufen.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der ersten Januarwoche hat die Verichterstattung über die Arbeitslage und die Arbeitslosigkeit in der Eisen- und Metallindustrie eine erfreuliche Steigerung erfahren; es wurden 21618 Betriebe mit 1610726 Arbeitern kontrolliert. Das Ergebnis ist zunächst in folgenden Zahlen dargestellt.

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
Vollbeschäftigt	20149	1679246	19958	1654827
Kurzzeitig	192	7721	195	8517
Arbeitslos	1277	128759	1113	107085

Beim Vergleich mit der Vorwoche finden wir eine ziemlich erhebliche Steigerung der Kurzzeit-Betriebe und der Kurzarbeiter. Hervorgehoben ist diese durch den mit Beginn des Jahres in Erscheinung getretenen Arbeitsmangel in den Schmelzwarenfabriken Porzellan und die Einbeziehung des Stuttgarter Industriegebietes in die Statistik. In Porzellan waren in der Berichtswoche 200 Betriebe und 15000 Arbeiter verkürzt beschäftigt gegen 25 und 1850 in der Vorwoche. In Stuttgart sind nach dem erstmaligen Bericht 22 Betriebe und 4502 Arbeiter verkürzt beschäftigt.

Die Steigerung wird etwas ausgeglichen durch Jena; die Firma Zeiss mit 4878 Arbeitern ist in der Berichtswoche erstmals wieder voll beschäftigt nach längerer Kurzarbeit von 82 bis 85 Stunden wöchentlich.

Für die einzelnen Verbandsbezirke ist die Zahl der erfaßten Betriebe und Arbeiter und ihre Beschäftigungslage in folgender Tabelle enthalten.

Bezirk	Betriebe	Arbeiter	Vollbeschäftigt		Kurzzeitig		Arbeitslos		
			Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	
Bayern	28	260	16044	244	15089	—	—	16	956
Brandenburg	53	639	38187	607	68686	14	898	18	758
Preußen	48	1030	186910	1008	184087	4	829	23	2484
Sachsen	44	607	44888	541	39888	6	144	60	4841
Sachsen-Anhalt	49	1469	179086	1289	158040	27	2290	203	20756
Württemberg	49	888	60148	825	64745	18	584	50	4864
Lothringen	42	579	80706	558	68614	3	84	20	2098
Österreich	41	829	90004	809	86071	—	—	20	4033
Polen	54	4818	142985	4800	423200	6	885	18	280
Schlesien	19	271	82850	261	82400	1	60	9	890
Franken	15	857	305895	850	504424	1	60	6	911
Bayern	19	2088	108864	1888	97100	10	126	188	8629
Preußen	11	498	109292	441	37294	2	360	55	5638
Sachsen	60	1277	172788	1141	138154	28	860	110	8984
Sachsen-Anhalt	64	2120	203780	1808	168408	11	934	303	39391
Württemberg	61	3459	120374	5135	685615	68	1112	253	20747
Gesamt	348	21618	1810726	20149	1679246	192	7721	1277	128759

Die Zahl der Verbandsmitglieder in den Verichtsbezirken ist in folgenden Zahlen dargestellt.

Bezirk	Arbeiter	in der Berichtswoche		in der Vorwoche	
		für Betriebe absolut	für Arbeiter absolut	für Betriebe absolut	für Arbeiter absolut
Bayern	42 bis 45	143	11,2	1181	9,0
Brandenburg	86	577	45,2	60797	49,1
Preußen	82	258	20,2	27098	21,9
Sachsen	84	282	18,2	20585	16,6
Sachsen-Anhalt	unter 24	67	5,4	4203	8,4
Württemberg					
Lothringen					
Österreich					
Polen					
Schlesien					
Franken					
Gesamt		192	18,0	195	18,0

Die Zahl der Verbandsmitglieder in den Verichtsbezirken belief sich auf 149457. Davon waren 41874 arbeitslos, 80990 kurzzeitig, 26589 voll beschäftigt. Das sind 2,80% und 5,42% der Mitglieder gegen 2,86% und 4,95% in der Vorwoche.

Die absolute Zahl der verkürzt arbeitenden Mitglieder hat sich gegen die Vorwoche beträchtlich erhöht; im Verhältnis zur Gesamtmitgliedszahl ist keine Steigerung eingetreten.

Die Summe der in der Berichtswoche (2.—8. Januar) zur Auszahlung gekommenen Arbeitslosenunterstützung belief sich auf 809325 M. (Vorwoche 827189 M.).

diese vernichtende Kritik jedoch nicht von ihrem Plan abbringen. Remcomen stellte in seiner Schmelze und unter Beihilfe seines Fremden Gabley das Modell einer Maschine nach der Idee Papins her, an der er jedoch mehrere höchst bedeutsame Verbesserungen anbrachte und durch welche er zum Erfinder der ersten brauchbaren Dampfmaschine werden sollte. Scharfen Mieser hatte Remcomen nämlich erkannt, daß ein großer Fehler der Papin'schen Maschine darin bestand, daß der Zylinder sowohl dazu diente, den Dampf zu erzeugen, wie auch ihn wieder abzulassen. Hierdurch wurde die Arbeitsweise der Maschine sehr erschwert und unbeholfen. Durch eine ebenso einfache wie geniale Vorrichtung suchte Remcomen diesen Fehler zu beheben, und zwar dadurch, daß er den Dampf in einem besonderen, mit dem Zylinder durch ein Rohr verbundenen Kessel erzeugte und ihn von hier aus erst dem Zylinder zuführte. Durch diese Einrichtung wurde die Arbeitsweise der Maschine nicht nur erleichtert, sondern auch wesentlich beschleunigt und ihre Leistungsfähigkeit soweit gehoben, daß sie mit mehr Aussicht auf Erfolg, als Papin zu verzweifeln hatte, in Verwendung genommen werden konnte. Nachdem sich die beiden Freunde die Ausführung ihrer Maschine durch ein Patent gesichert hatten, gingen sie dazu über, Maschinen dieser neuen und verbesserten Konstruktion für praktische Arbeitszwecke herzustellen. Anfangs hatten sie hierbei freilich erhebliche Schwierigkeiten zu bestehen, weil die Industriellen nicht glaubten, daß einfache Handwerker eine brauchbare Kraftmaschine herzustellen imstande wären, an deren Erzeugung sich die hervorragendsten Gelehrten und Techniker bereits umsonst versucht hatten. Endlich entschloß sich im Jahre 1712 der Kohlenbergwerkbesitzer Bar aus Wolverhampton, den Freunden eine Maschine in Auftrag zu geben, die, falls sie sich bewährte, zum Auspumpen von Grubenwasser benutzt werden sollte. Unter Aufsicht der beiden Freunde wurde die Maschine in Auftrag gegeben, die beiden die Maschine fertigt, die dann in dem Bergwerk Wads aufgestellt wurde und hier ihre Tätigkeit begann. Die Maschine arbeitete regelrecht, wenn auch sehr langsam. Nach einigen Tagen machte man jedoch die

ebenfalls merkwürdige wie ersteuliche Entdeckung, daß die Maschine plötzlich ganz bedeutend schneller lief, d. h. mehr Kolbenstriche als vorher in der Minute ausführte. Die Ursache dieser günstigen Erscheinung fand man bei näherem Zusehen darin, daß durch ein kleines Loch in dem Kolben etwas von dem Schmelzwasser in den Zylinder gelangte und hier die Abkühlung des Dampfes wesentlich schneller bewirkte, als es durch bloßes Ausfließen des Schmelzwassers auf die Außenwände des Zylinders möglich war. Selbstverständlich machte sich Remcomen diese zufällige Entdeckung sofort zunutze, indem er eine Vorrichtung anbrachte, durch welche das Schmelzwasser nun jetzt an immer in den Zylinder eingespritzt werden konnte. Mit dieser Verbesserung war die Leistungsfähigkeit der Maschine mit einem Schlage ganz bedeutend erhöht, so daß sie nunmehr 8 bis 10 Kolbenstriche in der Minute zu machen imstande war.

Diese sowohl verbesserte Maschine erwiderte sich als eine durchaus brauchbare und vortreffliche Vorrichtung zum Antriebe von Pumpen, und nachdem sich das erste Exemplar in den Kohlengruben Wads erfolgreich bewährt hatte, folgten auch andere Bergwerksbesitzer und gaben Remcomen ebenfalls solche Maschinen in Auftrag. Zum ersten Male war der Dampf zur nutzbarsten Arbeitskraft geworden und dem Fortschritt in der Verwendung des Dampfes von der jetzt herrschenden Idee Papins zur wirklich praktischen Ausbarmachung bewirkt und die erste brauchbare Dampfmaschine erfunden zu haben, die der Ausgangspunkt des Kraftmaschinenbaues jeder Art überhaupt geworden ist. An dieser Stelle muß noch eines anderen Erfinders gedacht werden, der eine bedeutende Verbesserung der Remcomen'schen Maschine bewirkte und ebenfalls dem Arbeiterstande angehörte. Dieser Erfinder war ein — Anabe, Humphry Potter mit Namen, der Sohn eines armen Arbeiters und ebenfalls zum Arbeiterstande bestimmt. Der junge Potter war bei Remcomen angeheiratet und seine Arbeit bestand darin, das Öffnen und Schließen der Zylinder an der von jenem erbauten Dampfmaschine, durch welche der Dampf des

(Fortsetzung folgt.)

Der erweiterte Beirat

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften, nimmt das Wort der Kollege

Dieser Mann (Stuttgart): Die Bedeutung der Frage, die wir erörtern wollen, wird dadurch gekennzeichnet, daß wir uns gegenwärtig in einer dreifachen ernsten Krise befinden. Es ist einmal die inner- und außenpolitische Krise, die vor allem für uns in Deutschland in Frage kommt; es ist zum zweiten eine wirtschaftliche Krise, die sich mehr und mehr zu einer Weltkrise ausweitet und es ist drittens eine Krise innerhalb der Arbeiterbewegung, die sich im ernstesten Stadium befindet. Redner stützt zunächst die politische Krise und die Zustände in Deutschland, wo die Reaktion versucht, wieder in die Höhe zu kommen. Das gleiche gilt auch für eine Reihe anderer Staaten. Redner bespricht weiter die Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches und seine passive Handelsbilanz, die Verpflichtungen aus dem Spa-Abkommen und die Leistungen der Vergleite, von denen es wesentlich abhängt, ob das Spa-Abkommen gehalten werden kann oder nicht. Auf die außerordentlichen Härten des Friedensvertrags will Redner nicht näher eingehen; er sieht jedoch auf dem Standpunkt, daß wir die Pflicht haben und aus Zweckmäßigkeitsgründen dazu veranlaßt werden, alles Menschenmögliche zu tun, um den Friedensvertrag zu erfüllen, nicht weil wir ihn als gerecht anerkennen, sondern weil seine Einhaltung unter den Nachverhältnissen, unter denen wir zurzeit noch zu leiden haben, unbedingt geboten ist, um Schlimmeres zu verhüten.

Die Wirtschaftskrise hat den erweiterten Beirat bereits auf seiner letzten Sitzung eingehend beschäftigt. Die Leuerung ist seit dem Septemberdritten des verfloffenen Jahres nicht gewichen, sondern laftet mit ihrem vollen Druck auf den breiten Massen. Eine Weltkrise tritt in den Vordergrund, die Zahl der Arbeitslosen schmilzt in erschreckendem Maße an, sowohl in Europa als in Nordamerika tritt diese Tendenz in Erscheinung. Zu diesen Schwierigkeiten für die Arbeiterklasse tritt der bellagierende Zustand der politischen Zerreißung der Arbeiterbewegung. Dieser Kampf tobt sowohl in Deutschland als in anderen Ländern und nicht nur die politischen Parteien werden davon getroffen, sondern auch den Gewerkschaften droht die Zerstörung ihrer Einheitsorganisation. Diese Lage muß uns zur konkreten Stellungnahme veranlassen. Wir haben dabei zu beachten, daß die politische Zerreißung und der Streit, der nun auf die Gewerkschaften übergegriffen hat, seine schädigenden Nachwirkungen bei den dringenden Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften findet. Wir finden dabei, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft, der nach der Revolution zu uns gekommen ist, von diesem Streit angegriffen wird. Ein Teil der Mitglieder zieht sich von der aktiven Mitarbeit zurück, andere werden wir verlieren, wenn die Dinge so weitergehen. Große Arbeitermassen fragen nun angesichts der wirtschaftlichen und politischen Gläubigkeit: Können uns die Gewerkschaften helfen? und es ist natürlich, daß an uns eine Reihe von Forderungen gestellt wird. Wir müssen diese Forderungen ernst und gründlich prüfen. Es muß für uns selbstverständlich sein, daß wir an unsere aktive Arbeit und an unser Programm mit Unterbrechung unserer Aufgaben als revolutionäre Sozialisten herantreten müssen. Dabei ist es falsch, für alle einzelnen großen Probleme stets den Generalstreik als Mittel zu bezeichnen. Seien es nun Ernährungsfragen, oder die Wohnungsnot, oder Wirtschaftskrisen, stets tauchen die Anträge: Aktion und Generalstreik! Das klingt furchtbar einfach. Bei Betrachtung der praktischen Durchführung finden wir jedoch, daß mit einem solchen Mittel nicht auszukommen ist. Wir stehen selbstredend auf dem Standpunkt, der Generalstreik ist eine scharfe und wirkende Waffe im proletarischen Kampf; aber wir müssen es anders beurteilen, daß der Generalstreik als Spielzeug benutzt wird, um so in seinen Wirkungen ins Gegenteil dessen umzuschlagen, was wir vom Generalstreik erwarten.

Wir können die Gegenwartsfragen in unserer program- matischen Auffassung nicht von den Zukunftsfragen trennen. Dabei scheiden sich Widerstände. Wenn wir im letzten Jahre 5 öfteren Gegenwartsforderungen stellen und sie verfochten, dann ist die bestimmteste Seite oft gesagt worden: Ihr könnt mit eurer Haltung den Kapitalismus und verlängert dessen Leben. Dieser Anschuldigung würde erwidert, wenn wir uns nur auf die Gegenwartsforderungen beschränken. Wir lassen aber das Ziel nie aus den Augen, und dieses Ziel ist die Ergreifung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat und die Verwirklichung des Sozialismus. In Erstrebung dieses Zieles können wir jedoch die Aufgaben und Ziele des Tages nicht gänzlich ignorieren. Es wäre freizeichlich an der Arbeiterklasse gehandelt, die Hände in die Tasche stecken, bis das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Macht von selbst zufließt. Die Arbeiterklasse würde nicht verstanden, sie muß kampffähig bleiben. Wir haben auch das Stadium des gegenwärtigen Kampfes zu beachten. Man vergesse, daß wir uns nicht mehr im alten Stadium der Revolution befinden, bis uns unmittelbar nach dem Weltkrieg die Macht in die Hände gab. Als einheitliche geschlossene Kampfesfront des Proletariats kommt heute nur der Einheitsblock der Gewerkschaften in Betracht. Diesem Einheitsblock steht zurzeit nicht im entferntesten etwas gegenüber, das den Sozialismus zum Siege führen könnte; denn die politischen Parteien sind zerfallen und was an internationalen sozialistischen Gebilden vorhanden ist, ist keine Macht, von der man behaupten kann, damit kann man umfassende Aktionen durchführen. Dieser Umstand legt uns, die wir eine aktionsfähige Gewerkschaft darstellen, die Pflicht auf, unsere Aufgaben entsprechend abzuheften. Als Gewerkschaftler und einseitige Sozialisten haben wir stets den Standpunkt verfochten, daß wir uns nicht mit der Erringung eines höheren Lohnes und eines besseren Arbeitsverhältnisses begnügen, sondern daß unser Ziel die Beseitigung des Kapitalismus ist. Von verschiedenen Seiten wird uns das abgelehnt, besonders mit dem Hinweis darauf, daß wir in Gegenwartsaufgaben aufgehen. Wir sagen: der Tageskampf und die Zukunftsfragen müssen einander ergänzen.

Der politische und wirtschaftliche Umstellungsprozess, den das Proletariat als aufsteigende Gesellschaftsklasse durchzuführen hat, wird außerordentliche Kräfte benötigen. Das gilt rein politisch, aber auch verwaltungsmäßig, und das gilt noch viel mehr von den wirtschaftlichen Umstellungsprozessen. Mit der Beseitigung von Regierungspolitikern und ein paar Duzend Lebnadler ist es nicht getan. Die das tun, müssen andere Männer stellen, die mit wirtschaftlicher Sachkenntnis eingreifen, um das angebahnte Ziel auch zu vollbringen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund — und damit selbstverständlich auch unsere Organisation — hat sich in seinem Arbeiten und Einrichtungen eingestellt auf die großen Aufgaben unserer Zeit. Wir müssen den Zukunftsfragen eine viel größere Aufmerksamkeit widmen, müssen innerhalb der Gewerkschaften nach industrieller Sicherung alle Einrichtungen treffen, die notwendig sind, um mit Selbstbewusstsein an die großen Wirtschaftsprobleme, an die Umstellung zu einer sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft heranzutreten zu können. Und wie auf diesen Gebieten ein planvolles, zielbewusstes Arbeiten einzusetzen, so nicht wieder auf allen Seiten des öffentlichen Lebens, die die Interessen der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Sozialpolitische, wirtschaftspolitische und andere Fragen erfordern unsere klare Stellungnahme. Der Kampf gegen die Reaktion und für die Rechte des Proletariats verlangt uns, in geschlossenen Aktionen, die von den Gewerkschaften vorbereitet, geleitet und durchgeführt werden, die Machtmittel der Organisationen einzusetzen. In diesen Zusammenhängen bespricht Redner die Steuererleichterung und den Organisationsstand der letzten Jahre. Der „wilde Aktionismus“ wüßten wir ein einheitliches Vorgehen gegenüberstellen. Nach längeren Ausführungen über den Abbruch der Preise und die Schuld der Regierungen an dem Ruhrer bespricht Redner die Unterstützung der Arbeiterschaft und die programmatischen Grundzüge, die in D.D.G.B. über das Sozialprogramm enthalten sind. Das man heute noch die verhängenden Erscheinungen anzusehen muß, ist die Notwendigkeit, bei einer sozialistischen Wirtschaftspolitik die Produktion nicht nur zu erhöhen, sondern zu erhöhen. Daraus haben sich die Arbeiter noch nicht eingestell. Sie haben nur das dumme Gefühl, daß ihnen die Bewirtschaftung des Sozialismus durch die Regierungen und andere Vorteile bringen kann. Wir werden hier erläutern wollen müssen. In

diesem Zweck müssen wir den geistigen Einstellungsprozess von Hand- und Kopfarbeitern vornehmen, wir müssen auf Industrierwerbende hinwirken und müssen alle Bildungsbestrebungen für die Arbeiter fördern. Redner macht bei dieser Gelegenheit eingehende Ausführungen über die geplante Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., über die Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildungsbestrebungen, die für diese einsehen müssen und schon durchgeführt sind. Wir müssen mit allen Mitteln danach streben, uns die nötigen Kenntnisse für die kommenden großen Aufgaben anzueignen.

Zum Schluss kommt Redner auf die konkreten Forderungen zu sprechen, die von den verschiedensten Seiten an uns gestellt worden sind. Er skizziert die bekannten Stuttgarter Forderungen (beseitigen das Rundschreiben des früheren Berliner Bevollmächtigten Rusch) und betont, daß einige dieser Forderungen, wie zum Beispiel die gegen den Bücher und für die Beseitigung des Steuerabzugs, bereits mit Gründlichkeit und Vollständigkeit behandelt worden sind. Wir können nicht bei jeder Forderung sagen: Dahinter stellen wir den Generalstreik! Wenn wir Forderungen erheben und Aktionen einleiten, dann wird je nach der Situation und Notwendigkeit die gesamte Kraft des Proletariats in den Gewerkschaften entsetzt werden müssen. Was wir dann wünschen, ist eine geschlossene Kampffront. Der dritte Punkt der Forderungen verlangt, daß wir die Produktion auf ihre volle Höhe bringen und geschlossene Betriebe wieder eröffnen sollen. Aber wenn die Wirtschaftskrise herrscht, wenn aus Mangel an Aufträgen die Arbeitszeit verkürzt wird, wie sollen dann wir als Vorstand mit unserer ganzen „Macht“ diese Betriebe auf die volle Höhe der Produktion bringen? Es ist sehr einfach, schnell ein paar Forderungen auf Papier zu setzen; aber wir müssen unsere Kollegen ernstlich bitten, uns doch einmal sachlich mitzuteilen, wie sie sich die praktische Durchführung vorstellen. Der Begriff von Ursachen und Zusammenhängen im Wirtschaftsleben der Arbeiter scheint mir bei diesen Kollegen etwas verortet. Der wirklich revolutionäre muß auch sozialistisch durchgebildet sein. Mit Phrasen ist uns nicht gedient. Wir müssen uns ferner ernstlich dagegen wenden, daß unverantwortliche Elemente sich in unsere Lohnkämpfe einmischen. Redner bespricht eine Reihe von Bewegungen, wo dies geschehen ist mit der Wirkung, daß unsere Kollegen schwer darunter zu leiden hatten.

Wollen wir überhaupt Aktionen, wollen wir lebenskräftig bleiben, dann ist erste Voraussetzung straffe Disziplin und Geschlossenheit in unseren Reihen. Dem Geist der Zerrüttung, den wir im Lauf des letzten Jahres immer wieder beobachten mußten und der den Unternehmern Wasser auf ihre Mühlen treibt, können wir nicht ruhig zusehen; wir müssen unsere Kraft zurückgewinnen, die allein in der Geschlossenheit verbirgt ist die wir als Organisation darstellen. Wir müssen mit unseren 1700000 Mitgliedern eine geschlossene Kampffront darstellen, die nicht von anderen, sondern von den Gewerkschaften selbst geführt wird. Wenn wir uns Aufgaben stellen, die die Zeit von uns verlangt und den festen Willen zur Durchführung mitbringen, dann gelangt es uns, das Vertrauen der Arbeitermassen in weit stärkerem Maße als bisher zu gewinnen und festzuhalten. Dann wird auch jeder Versuch, unsere Geschlossenheit zu zerrütten, abprallen, und wir können uns trotz aller Not unserer Zeit.

In der Diskussion über das Referat des Kollegen Dikmann nimmt zuerst der Kollege Bista (Berlin): Die bürgerliche Ideologie bricht unserem vor uns unter diesen Verhältnissen eine planvolle Arbeit für uns möglich ist, müssen, daß sozialistisch planmäßig gearbeitet wird, sofern sich nicht die Organisationen zu Aktionen aufweisen, die ein planmäßiges Ziel verfolgen. Von einer bestimmten politischen Partei dürfen diese die Tatkraft und die Aktionsfähigkeit der Organisation nicht ausgenutzt werden. Diese ist die politische Partei, die die Arbeiterklasse ausführt. Gegen die Parolen revolutionäre Betriebsräte, „Kontrollrat der Produktion“, „Betriebsbelegung“ müssen wir uns wehren und wir müssen uns dagegen wenden, daß eine politische Partei am Rande der Arbeiterschaft „Suppe lacht“.

Die Arbeiterschaft muß bewußt auf die Notwendigkeit der Sozialisierung hingewiesen werden, aber nicht durch die Propaganda einzelner Produktionskontrolle und durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft. Redner bespricht das Programm der Berliner Kollegen sowie die Verhältnisse bei der Firma Edwe, wo unverantwortliche Elemente die vernünftigen Kollegen majorisieren. Es ist unsere Pflicht, mit allen organisierten Mitteln gegen solche Zustände anzukämpfen. Redner richtet die dringende Aufforderung an die Kollegen von der linken Seite, zuerst die Vorbereitungen für Aktionen zu schaffen, sonst stehen wir in kurzer Zeit vor einem Trümmerhaufen.

Es ist Bista, daß eine gewisse Partei am Ende der Arbeiterschaft „Suppe lacht“, und setzt voraus, daß die Kollegen den Willen haben, diese Partei zu nennen. Dikmann hat in seinem Referat ausgeführt, daß die christlichen Gewerkschaften auf die Schwandauer warten, die bei uns nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen. Redner behauptet, daß die freien Gewerkschaften den Schicksal in die Hände arbeiten, und verweist zum Beweis ein Flugblatt über den Streit der Kaufleute und Unionisten unterzeichnet ist.

Niemand will den Generalstreik als Spezialheilmittel. Die Bewegungen können aus sich heraus, und wenn solche gewaltige Bewegungen nicht unterstützt werden, ist es klar, daß die Arbeiterschaft unanfällig ist. Eine Verleumdungs- und Retrospektivpolitik wollen wir auch nicht. Man darf es aber auch nicht dazu kommen lassen, daß die gesamten proletarischen Organisationen wissen sich zur Abwehr zusammenzufinden. Der offene Brief der Kommunisten verlangt dies. Man kann die Forderungen doch unterstützen, aber es scheint, daß man durch die Ablehnung eine bestimmte Partei desoweniger will. Redner bespricht darauf den offenen Brief und weist darauf hin, daß auch auf der Stuttgarter Generalversammlung die Ansicht herrschte, daß die Gewerkschaftslage nicht allein gelöst werden können. Redner legt entsprechende Beweise vor, daß die Kommunisten Spaltungen propagieren; sie wollen lediglich ihre politischen Ansichten bei den Gewerkschaften zum Durchbruch bringen. Redner bringt folgenden Antrag ein:

Der Beirat des D.D.G.B. begrüßt die von der D.D.G.B. in dem offenen Brief an die sozialistischen Parteien und den Gewerkschaftsbund angelegte Aktion zur Befreiung des Proletariats und beauftragt den Vorstand des D.D.G.B., sofort an den Vorstand des D.D.G.B. heranzutreten und dieses zu veranlassen, die von der D.D.G.B. unterzeichnete Aktion mit allen Kräften zu unterstützen und ihr den notwendigsten Hilfe zu leisten.

Redner bespricht darauf Vorgehen auf der internationalen Konferenz. Die Arbeit dieses Kongresses sei nicht so hoch zu bewerten, wie Dikmann es tat. Die Berliner Gewerkschaftslage wird dieses Frühjahr alle Gewerkschaften zu einem Kongress der Gewerkschaften in Moskau einladen. Der Beirat beantragt, daß der Beirat beschließen soll, eine Kommission aus drei Mitgliedern zu diesem Kongress zu ernennen, die den Kongress zu delegieren. Ullrich (Hamburg): Der Kollege Dikmann hat alles mögliche gesagt, aber er hat vergessen, die Ursachen der Weltkrise näher zu beleuchten. Wir wissen, daß mit einem veränderten Proletariat kein Kampf möglich ist, wir wissen aber auch, daß die Auswirkungen des Elends die Arbeiter bald kampfunfähig machen werden, und wir sagen daher, daß es jetzt höchste Zeit ist zur Einigung und zu einer einheitlichen Aktion. Wenn wir die Grundzüge des Elends feststellen wollen, müssen wir die Kräfte der Bedrückten und der Zeitgenossen aneinanderhalten. Redner erläutert seine Auffassung über die Wirtschaftskrisen früher und jetzt. Er kommt dann auf die Beseitigung der Arbeiteralibie in Frankfurt zu sprechen. Die dort angelegten Kräfte werden nur zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der heutigen Gesellschaft dienen. Wir benötigen die dort gelegenen Kräfte nicht. Eine Forderung brauchen wir nicht bei Aufrechterhaltung unserer Selbstheit. Wir können die heutige Krise nicht durch

Reformen aus der Welt schaffen, sondern nur durch eine umfassende Aktion. Es kann uns niemand nachweisen, daß wir mit dieser Propaganda der Tat die Gewerkschaften zersplittern und zerstören wollen. Die Forderungen laufen letzten Endes auf einen politischen Kampf hinaus, und weil wir das wissen, fordern wir zur Solidarität auf. Es ist Unsinn, wenn man den Kommunisten das Splittern der Bankrottanten zuschreibt; wir können dies nur verhüten durch Umsetzen der Stuttgarter Beschlüsse in die Tat.

Ullrich (Berlin) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners, daß wir die Ausbildung von Kräften nicht besonders nötig hätten. Es ist nicht möglich, sich das notwendige Wissen ohne besondere Schule anzueignen. Die Putschaktion der Kommunisten ist zu bekämpfen; die letzten Wochen und Tage haben wieder bewiesen, daß damit nichts erreicht wird. Redner bespricht die Ursache des Konflikts bei Edwe und bei der Firma Lorenz sowie das unverantwortliche Einmischen der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in der Rüstingstraße, die an die Betriebe telefonierte, daß während der Arbeit Betriebsversammlungen abgehalten werden sollen.

Die Kommunisten verlangen unter anderem, daß das Deputat der Landarbeiter erhöht werden soll. Diese Forderung wird der Arbeiterschaft Schaben bereiten; die Forderung ist unsozial und unmarxistisch. Redner kommt auf die Forderungen der Stuttgarter Verwaltung zu sprechen. Es sei leicht, mit solcher Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit solche Forderungen in die Massen zu werfen, wo man vorher genau weiß, daß sie nicht in die Tat umgesetzt werden können.

Loff (Stuttgart) bemerkt gegenüber den Ausführungen von Eckert, daß das von ihm zitierte Flugblatt ein schändliches Nachwort der Syndikalisten sei, in der Absicht, das ganze Arbeiterverhältnis in Aufruhr zu bringen. Die Nichtstellung der Bergarbeiterverbände war durchaus berechtigt. Eckert als Gewerkschaftler muß wissen, daß die Forderung von Kämpfen in den Händen der Vorstände bleiben muß. Der Verrat lag also auf Seiten der Syndikalisten. Bei der Bewegung in Hamborn sind Rusch, Wich, Müller, Brändler und Kalsahn im Nuhrgebiet anwesend gewesen. Wir müssen feststellen, ob dieselben in organisationschädigendem Sinne gewirkt haben.

Man verlangt von uns Unterstützung der Kommunisten, aber wer heute von denselben als Selber beschimpft wird, kann doch morgen unmöglich Seite an Seite mit ihnen kämpfen. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir kein Bündnis mit den Kommunisten eingehen, denn wir haben in der Praxis gesehen, wie Vereinbarungen zerfallen werden. Die Forderungen kommen auch nicht aus dem Herzen derer, die sie aufstellen, sondern sie sind ein Mittel zur Agitation und um die Tendenz einer bestimmten Partei zu verfolgen.

Bunz (Zwickau): Die Forderungen der Berliner und Stuttgarter Kollegen bedingen die Beachtung der Fragen der Welt- und Volkswirtschaft und des Friedensvertrags. Bei der Aufstellung der Forderungen hat man das verfallen. Mit denselben sollen nur die Massen aufgeschreckt werden. Ernst ist es den Kommunisten nicht, sonst könnte man nicht am gleichen Tag, an dem man zur Einigung auffordert, dieselben Leute als Gelbe und Verräter bezeichnen.

Vorhöfzer (Stuttgart): Unser gesamtes Wirtschaftsleben befindet sich in einer gewaltigen Krise und es wäre eine Tat, wenn wir Klarheit im Ziel und im Willen gewinnen könnten. Bei Beendigung des Krieges war keine Revolution, sondern ein Zusammenbruch und wir hätten damals viele kluge Leute, die das Beste wollten; aber es fehlte an Praktikern und Taktikern. Die Verarmung der Welt durch den Krieg ist überall bemerkbar; das ist auch ganz klar; denn jede Granate war ein Verlust. Dikmann hat die Hilfslosigkeit der Kabinette kritisiert, aber nicht beachtet, daß im demokratischen Staat viel unständlicher regiert wird als im absolutistischen. Für alle kommunalen und alle Staatsbetriebe muß das Wort von Webel an die Spitze gestellt werden, daß der Schornstein rauchen muß, und zwar mehr als vorher. Die Vergleiche wollen die Sozialisierung, weil sie glauben, dadurch bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen; die anderen wollen die Sozialisierung, weil sie die Ansicht sind, dadurch billigeren Preisen zu erhalten. Dikmann hat die Hilfslosigkeit des Verwaltungsapparates kritisiert; aber wir müssen dabei fragen, wo nehmen wir die Leute her, um die Dinge in unserem Sinne zu leiten.

Wichtig ist der Friedensvertrag. Es soll ihn jeder studieren. Von den ausländischen Arbeitern haben wir nichts über seine Revision. Franzosen, Engländer, Belgier, Amerikaner, alle stellen ihre Forderungen voran. Hier muß der A.D.G.B. Preisse schlagen. Solange das nicht gelingt, werden alle unsere Wünsche Seifenblasen sein. Es muß eine Revolutionierung der Geister der Völker erfolgen. Der A.D.G.B. muß das Seine dazu beitragen.

Der Beiratsangang von Eckert, daß die gegnerischen Organisationen aus unseren Reihen Zugang erhalten, „weil bei uns nichts gemacht wird“, ist unlogisch und falsch. Wei uns geschieht viel; aber die fortgesetzten Stürkereien und Streitigkeiten untergraben unseren Kredit. Hoher soll zum Beispiel Vertrauen zu uns kommen, wenn Redner, der Bevollmächtigte einer unserer größten Verwaltungen, in voller Öffentlichkeit die Behauptung aufstellt, daß je größer die Gewerkschaft, desto einflussloser sei sie. Ein solcher Wahn kann nur in einem kommunistischen Hirn entstehen. Ullrich sagt uns, es sei jetzt höchste Zeit zum Eingreifen; er vergißt dabei, daß wir nur ein Teil der Kulturkämpfer sind und daß ohne die anderen unsere Aktionen undurchführbar sind. Redner verweist auf Russland, das sein sozialistisches Ziel verwirklicht hat und trotzdem den Kapitalismus wieder ins Land lassen mußte zur Ausbeutung seiner Schätze unter garantiert gewaltigen Dividenden; man kann sagen, daß das russische Volk jetzt an die Kapitalisten der anderen Länder verkauft worden ist. Redner kommt zum Schluss auf die 21 kommunistischen Thesen zu sprechen; er ist der Ansicht, daß die aufgestellten 5 Punkte nichts anderes sind als ein Teil dieser Thesen und daß der Vorstand zum Sturmbeding geht werden soll für die demagogischen Ziele der Kommunisten. Mit der Aufstellung unerlöser Forderungen kommen wir nicht durch; nur Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation kann uns zum Ziele führen.

Engelle (Stettin): Wir müssen ernsthaft beraten, welche Richtlinien wir dem A.D.G.B. geben können. In den Verwaltungen werden die Anträge von Berlin und Stuttgart lebhaft diskutiert und ein Zusammenstoß in den Gewerkschaften ist dringend nötig, um der Verwirklichung der Anträge näher zu kommen. Die Produktionserschöpfung kommt heute nur den Unternehmern zugute. Es ist unsere Pflicht als Gewerkschaftler, dem Kapital abzurufen, was möglich ist. Aber Lohnforderungen bringen uns nicht aus der Krise heraus; es gilt die Beseitigung des Systems. Wenn die Berliner und Stuttgarter Anträge nicht angenommen werden, erwarten wir andere Vorschläge. Wir sind bereit, jeden gangbaren Weg mitzugehen. Eine Änderung muß eintreten; bei dem heutigen System wird das deutsche Proletariat im Elend untergehen.

Kaulfers (Magdeburg) weist auf die Widerstände hin bei der Durchsetzung von Problemen und auf die Generationen der kommunistischen Partei bei der Durchführung praktischer Fragen.

Balf (Effen) schildert eingehend die Entstehung und den Verlauf der Bewegung in Hamborn und weist auf Grund seiner Kenntnis der Vorgänge die von Eckert (Berlin) gemachten Vorwürfe zurück. Wenn in Hamborn Kollegen auf der Straße bleiben, dann sind die Kommunisten daran schuld. Der Vorstand muß unter allen Umständen ansetzen, damit sich derartige Dinge nicht wiederholen.

Max Müller (Stuttgart): Man wirft den Kommunisten vor, daß sie die Gewerkschaften zersplittern wollen. Ich bestritte das entschieden. Die Zersplitterung geschieht auf eurer Seite. Bista und Vorhöfzer haben klar gesagt, daß man eine gewisse Richtung nicht mehr so weiterarbeiten lassen kann. Balf hat auf ein großes Problem hingewiesen, die Unannehmlichkeiten der kommunistischen Agitatoren angeht. Redner kommt auf den Zerfall der Stuttgarter Gewerkschaft zu sprechen. Der Kern dieser Forderungen ist schon in den letzten Mitteilungen der Stuttgarter Verwaltung worden; die Forderungen sind also nicht, wie Dikmann dritten Stelle gekommen. Die Frage ist auch nicht, um was es geht, sondern ob die Forderungen annehmbar sind, wenn man die Forderungen mit der Bemerkung abweist, daß sie nicht durchzuführen sind. Dikmann hat die Forderungen nicht durch

sind der Ansicht, daß die Stuttgarter Forderungen das Minimum sind, auf dem wir zusammenzutreten können. Es ist höchste Zeit, daß im U.D.S.B. neues Leben einkehrt und den Gegenwartsforderungen der Arbeiter Rechnung getragen wird.

Wegner beleuchtet von seinem Gesichtspunkt aus die Ursachen, die zum Zusammenbruch der Forderungen führen müssen und gefordert haben und führt als Beweis die Bewegung in Schwereit an. Er sei nicht Phantast genug, um zu glauben, daß die Forderungen von heute auf morgen zur Durchführung kommen können; man könne sie auch ändern und den gegenwärtigen Verhältnissen anpassen; aber man dürfe sie nicht in Grund und Boden verdammen. Die Stuttgarter Forderungen bedeuten die Stellung der Machtfrage. Aus diesem Grund müssen sie diskutiert werden. Alle Parolen hätten einen Kern, und zwar die Erringung der Diktatur des Proletariats. Die Ausführungen von Vorhölzer über Melcher sind unwahr. Melcher hat nicht gesagt, je größer die Organisation, um so geringer ihr Einfluß, sondern er hat ausgeführt, daß die Gewerkschaften früher bei 2 Millionen Mitgliedern mehr Einfluß hatten als heute bei 9 Millionen. Auch ich bin der Auffassung, daß wir vor dem Krieg mehr Einfluß hatten. Vor dem Krieg ging es dem deutschen Arbeiter besser; wenn wir also heute größeren Einfluß hätten, müßte die Lage der Arbeiter also noch besser sein als vor dem Kriege. Mit den Bildungsbestrebungen sind wir einverstanden; wir müssen aber unsere Macht mehr nach der Richtung konzentrieren, daß wir die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische ablösen. Wir Kommunisten wissen und sagen es auch, daß, wenn wir uns in der sozialistischen Wirtschaft befinden, die Arbeiter mehr werden arbeiten müssen als früher, dabei aber für uns schaffen und nicht für den Kapitalismus. Es wird keinem Kommunisten einfallen, zu sagen, daß in der sozialistischen Wirtschaft nur vier Stunden gearbeitet zu werden braucht. Viele von euch sind nicht gewillt, in kommunistischem Sinne zu arbeiten; alle Pläne von euch sind Verbesserungsvorschläge für die kapitalistische Wirtschaft.

Schulenburg (Karlsruhe): Die Kollegen Sedert und Ullrich haben die Ausführungen von Dörmann kritisiert und ich war gespannt, ihre Vorschläge zu hören. Neues brachten sie nicht. Es wird doch mit Energie daran gearbeitet, um das Elend zu mildern. Das es nur durch Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft vollständig behoben werden kann, wissen wir alle. Aber zur Beseitigung dieser Wirtschaft müssen die Vorbedingungen gegeben sein, und ihr müßt dafür sorgen, daß jene unverantwortlichen Elemente beseitigt werden, die die Arbeiter aus dem Lager der freien Gewerkschaften herausdrängen. Bis jetzt wird bewußt die Zersplitterung der Gewerkschaften betrieben. Zum Beweise führt Wegner Vorgänge aus Karlsruhe an. Gegenüber den Ausführungen von Max Müller meint Wegner, daß wenn Müller die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung hochhalten will, ihn das doch nicht treffen könne, was Ziska und Dörmann gesagt habe. Zum Schluß kommt Wegner auf das Betriebsratsgesetz zu sprechen. Die über das Gesetz hinaus erlangten Rechte dürfen nicht preisgegeben werden und der Vorstand muß nach dieser Richtung Direktiven an die Verwaltungen geben und bei den in nächster Zeit stattfindenden Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen darauf dringen, daß diese Rechte erhalten bleiben.

Sandte (Breslau): Wir sind nicht allein durch die Reaktion zurückgedrängt worden, die Schuld tragen auch die Führer der Proletariat, die in den Novembertagen 1918 ihre Parteianschauungen nicht zurückstellen konnten. Die Kommunisten hätten alle Ursache, für Bildung und Schulung der Kollegen einzutreten, denn mit ungehaltenen Arbeitern sind die Bestrebungen und Aufgaben der Kommunisten nicht zu verwirklichen. Wegner hat die Empfindung, daß die Hauptaufgabe der Kommunisten in der Beschimpfung und Verunglimpfung der Führer anderer Parteien besteht. Damit wird keine Erziehung und Schulung, sondern Verheerung betrieben. Vom tatsächlichen Standpunkt aus ist es zu verurteilen, daß die Stuttgarter und Berliner mit ihren Forderungen zuerst an die Öffentlichkeit gingen. Derartige Forderungen müssen erst auf ihre Durchführbarkeit hin untersucht werden. Der Standpunkt sei verkehrt, daß wenn man erst die Gewerkschaft habe, sich alles weitere finden werde. Solange wir nicht wissen, daß es tatsächlich besser wird, können wir nicht derartige Forderungen vertreten im Interesse der Arbeiterkraft. Es bedarf vor allem der Schulung und Bildung, bevor wir die ökonomische, volkswirtschaftliche und politische Gewerkschaft an uns bringen. Die Berliner Forderungen tragen den Kern in sich, unter allen Umständen Wistrauen und Unzufriedenheit gegen die Führer der Gewerkschaften hervorzuheben.

Schmidt (Düsseldorf): Wir kommen an der Tatsache nicht vorbei, daß die Macht des Kapitals sich derart gestärkt hat, daß eine Bewegung um die andere niedergerumpelt werden kann. Was muß geschehen, um die gerechten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen? Der Weg über den Gewerkschaftsbund scheint mir zu lang. Bis wir den Bund zur Einsicht bringen, sind die Massen damit verleidet, daß wir Forderungen nicht mehr mit ihnen durchkämpfen können. Haben wir Schädlinge, die die Gewerkschaftsbewegung zersplittern wollen, dann weg damit. Wegen der Sozialisierung des Bergbaus müssen wir uns mit den Bergarbeitern verständigen, damit den Forderungen mehr Nachdruck verliehen werden kann. Repetitive Resolutionen haben keinen Wert, damit machen wir uns lächerlich.

Siedert (Stuttgart): Soweit die Schilderungen von Dörmann die Weltwirtschaft betreffen, stimme ich mit ihm überein, zische jedoch nicht die gleichen Schlussfolgerungen, sondern frage, ob es nicht besser ist, heute schon die Arbeiter zur Aktion aufzurufen, wenn die Unternehmern planmäßig gegen uns vorgehen. Die Stuttgarter und Berliner Forderungen sollten deshalb nicht wegwerfend behandelt, sondern eingehend geprüft werden. Wir sind uns klar, daß die Forderungen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht voll verwirklicht werden können, aber die Forderungen sind doch auch nur dazu bestimmt, die Arbeiterkraft zu gemeinsamen Handeln aufzurufen. Es ist ein Fehler in der Arbeiterbewegung, daß wenn eine politische Partei etwas propagiert, die andere Partei glaubt, ins Hintertreffen zu kommen. Das Referat von Dörmann ist in der Diskussion leider herabgedrückt worden auf ein Redegefecht für und gegen die Kommunisten. Die U.S.B.-Kollegen haben es dabei leicht, sie brauchen nur die rechtssozialistische Presse zu zitieren und Vorhölzer braucht nur seine Ertraden, die er früher gegen Dörmann losließ, heute gegen uns zu richten. Es war von jeher der Fall, daß die am weitesten links stehenden Kollegen für alles verantwortlich gemacht werden, was in der Arbeiterbewegung passiert. Denks Aufierungen werden planmäßig falsch ausgelegt. Der Satz vom Verschweigen der Wahrheit ist nur im Zusammenhang verständlich. Wegner kommt auf die einzelnen Punkte der Stuttgarter und Berliner Forderungen zu sprechen und betont zum Schluß noch einmal, daß er im Prinzip mit dem Vorgehen gegen Schädlinge der Organisation einverstanden ist.

Seydner (Berlin) bringt zur Darstellung, wie die Berliner Forderungen zustande gekommen sind. Sie wurden in der Verwaltungskommission einstimmig angenommen und Ziskas Anhänger im Wahlkampf haben stets betont, daß sie die Forderungen anerkennt. Ein Schlusssatz wird angenommen und das Schlusswort erhält Dörmann: Die Bemerkung eines Wegners, daß im Kerne alles, was gesprochen wurde, bereits Gegenstand früherer Verträge gewesen war, ist zum Teil richtig, aber naturgemäß muß der Weirat auf alle Tagesfragen, sofern sie wiederkehren, eingehen. Es handelt sich um das bedeutendste Problem der Arbeiterbewegung und es ist kein Zufall, daß sich unsere Organisation mit diesen Fragen beschäftigt. Wir sind die stärkste Gewerkschaft der Welt und wir dürfen in unseren Sitzungen an den Lebensfragen des Proletariats nicht vorbeigehen. Dasselbe gilt für den U.D.S.B. Wir brauchen dort unsere Auffassung. Der Vorstand hatte nicht die Resolution vorzulegen. Nachdem dies jedoch von Sedert erledigt besichtigt sich mit notwendiger Tagesfragen. I sind die Stuttgarter und Berliner Forderungen so der U.S.B. behandelt. Bei unserer Antwort auf Forderungen konnten wir uns nicht mit einem Satz nur auf den einzelnen hervorheben, was realisierbar ist. Wir haben die großen Probleme und Anregungen

mit vollem Ernst behandelt. Das ist selbstverständlich und gilt von jedem Antrag und von jeder Forderung.

Wegner kommt auf einzelne Vorgänge zu sprechen, die von den Diskussionsrednern vorgebracht wurden. Die Wahrung der Rechte der Betriebsräte, die über das Gesetz hinausgehen, läßt sich der Vorstand angelegen sein; aber wir dürfen unsere Hoffnungen nicht zu hoch schrauben. Dazu kommt, daß ein Teil der Betriebsräte, die heute noch über den Rahmen des Gesetzes hinaus Rechte besitzen, nicht verstehen, diese zu wahren. Unsere Verwaltungen müssen sich um die Betriebsräte mehr kümmern. Unsere Stärke liegt nicht im lauten Auftrumpfen, sondern im ruhigen und sachlichen Vorgehen und Handeln. Das gleiche gilt für die wilden Streiks. Wir finden hier auch, daß manche Verwaltungen die Dinge allzusehr an sich herantommen lassen, anstatt rechtzeitig eingzugreifen. Man muß den Mut haben, den Kollegen gegenüber stets seinen Standpunkt zu vertreten, sie sachlich zu beraten und von wilden Streiks usw. abzuhalten.

Soweit die grundsätzliche Stellung, die im ersten Teil unserer Resolution festgelegt ist, in Betracht kommt, hat sie keinen Widerspruch gefunden, weder im Weirat, noch im Vorstand. Keiner hat erklärt, daß das falsch ist, was im ersten Teil der Resolution niedergelegt wurde. Die Behauptung, daß hier Kollegen sind, die sich mit dem Kapitalismus abgefunden haben, muß bestritten werden. Wenn es sich darum handelt, für den Sozialismus zu wirken, kämpfen wir alle Schulter an Schulter; über die Taktik allerdings liegen Meinungsunterschiede vor. Streiten wir im Augenblick nicht um die Vergangenheit. Im Vordergrund steht: Was gebietet Situation und Stunde? Wenn wir darin einig sind, ist viel gewonnen. Nur der Sozialismus kann uns aus dem Elend retten. Wir beklagen die Zersplittertheit des Proletariats und haben alle die Pflicht, unseren Eubandengang zu einzustellen, daß diese Zersplittertheit beseitigt wird. Es ist das tragische Geschick der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich politisch nicht zu einer kompakten Masse zusammenschließen kann.

Der Erfolg unseres Handelns hängt von der beistimmigen Einstellung der Massen ab. Es wird bestritten, daß der U.D.S.B. nicht mit uns gehen wird; demgegenüber kann ich erklären, daß wir mit unserer Auffassung dort volle Aufmerksamkeit finden. Hoffentlich gelingt es unseren Bemühungen, daß der U.D.S.B. den Anforderungen unserer Zeit entsprechend eingestellt werden wird. (Zuruf: Endlich!)

Die Notwendigkeit der Arbeiterkademe ist nicht bestritten worden. Wir wissen ja alle viel zu wenig und wir wären glücklich, wenn wir uns planmäßig weiterbilden könnten. Ullrich meinte, wir wollten in Frankfurt Personen züchten. (Widerspruch von U.) In seinem Ausführungen hat aber Ullrich den Beweis von der Notwendigkeit von Kursen geliefert. Kein Land kann ohne wissenschaftlich gebildete Leute auskommen, auch Rußland nicht; an dessen Spitze stehen durchweg internationalen Kapitalist in Rußland und meint, daß es ein falscher Trugschluß sei, wenn man einfach sage, die Arbeiter anderer Länder sind daran schuld. Wir müssen uns die Massen in den einzelnen Ländern betrachten, ihren Stärkegrad, ihr Kampfgebiet, den ökonomischen Entwicklungsgrad dieser Länder usw.

Bei den von der U.S.B. herausgegebenen und sich überstehenden Parolen wundere man sich nicht, wenn die Arbeiter loslos werden. Die dauernd wechselnden Parolen können von den Arbeitern nicht verstanden werden. Sie beweisen auch, daß sich die Arbeiter selbst nicht klar sind, was sie wollen, sonst müßten sie sagen, wir müssen eine bestimmte Richtung einhalten.

Es wird hier beteuert, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht gespalten werden soll. Ob es im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt, wenn unverantwortliche Personen den Führern Knüttel zwischen die Weine werfen, während der Verhandlungen von Arbeitervertretern reden usw., lasse ich dahingestellt. Und wenn erste Kapazitäten von Berlin nach dem Ruhrdeben reisen, um dort einen Streik zu schüren, der von unverantwortlichen Personen angezettelt worden ist, dann zeichne dies die Situation, in der wir uns befinden. Der Vergewaltigerverband war zu einer Warnung vor diesen unverantwortlichen Mitgebern verpflichtet, und es ist wiederum eine Bestätigung der Gewerkschaftsarbeit, wenn daraufhin von der Gemeinschaft der Gewerkschaftsbürokratie geschrieben wird, die sich würdig den Flensburger Mördern an die Seite stellt. Wenn dann das gleiche Organ, das diese Notiz brachte, von der Einheit der Gewerkschaftsbewegung schreibt, dann laßt man darüber. Wenn die Kollegen in unserer Mitte sagen, sie wollen die Einheit, dann haben sie die Pflicht, zu solchen Dingen Stellung zu nehmen. Wir achten die Weltanschauung der Kommunisten, verlangen aber, daß sie mit uns rückhaltlos die Interessen der Gewerkschaftsbewegung vertreten. Wenn wir die Stuttgarter Forderungen nicht voll und ganz annehmen, wird uns zugerufen: Versteht ihr denn die Not der Massen nicht? Wer die Not der Massen nicht fühlt, ist nicht wert, an seiner Stelle zu stehen. Aber etwas verstehen, heißt nicht alles gutheißen. Wir treten für die Gesamtkraft an, aber planmäßig und ruhig überlegt und unter Würdigung des Kampfes. Das gefährliche Spiel, das in der jetzigen Krise betrieben wird, können wir nicht mitmachen. Der Antrag Sedert ist abzulehnen. Wir können den Aufruf der U.S.B. nicht begrüßen, weil wir ihn nicht ernst nehmen können; denn wer eine Einheit der Arbeiterbewegung will, kann unmöglich in demselben Augenblick den einen Teil derselben auslöste beschimpfen und verleumdern. Die Rundgebung des Vorstandes ist nicht als tote Buchstabe zu betrachten, sondern als U.D.S.B. und seine 8 Millionen Angehörige.

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. In einer Erklärung sagt Max Müller: Meine Freunde wollen den ersten Teil der Resolution annehmen, weil sie mit den dort aufgestellten Richtlinien einverstanden sind, obwohl sie Bedenken gegen einzelne Punkte haben. Dem zweiten Teil können wir nicht zustimmen und wir protestieren gegen die Ausführungen über den offenen Brief der U.S.B.

Haas (Köln) erklärt für sich und einige seiner Freunde, daß sie den ersten Satz der Resolution annehmen in dem Glauben, daß der Satz keine Demonstration gegen den U.D.S.B. bedeutet, sondern allgemein gewerkschaftliche Grundsätze enthält, die von uns schon vertreten wurden.

Die Abstimmung über die Resolution erfolgt getrennt. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

Der erweiterte Weirat stimmt dem im Referat des Kollegen Dörmann niedergelegten Grundzügen gewerkschaftlicher Aufgaben zu und begrüßt die Bemühungen des Vorstandes, um dieser Auffassung und Gewerkschaftspolitik im U.D.S.B. Geltung zu verschaffen.

Die Folgewichtigungen des Weltkrieges, Zerstörung, Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Anarchie treffen das arbeitende Volk aufs schwerste. Die Reaktion erhebt ihr Haupt. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind weder fähig noch willig, kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft entgegenzuwirken. Das ist Aufgabe der Arbeiterklasse. Die politische Kampfesfront des Proletariats ist leider zersplittert. Eine Einheitsfront bilden die freien Gewerkschaften. Der U.D.S.B. hat die Aufgabe, den Forderungen und Resourcen der in ihm vereinigten 8 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen. In geschlossener Kampfesfront, in planmäßigem, zielbarem Vorgehen und Handeln ist durch schärfste Einwirkung auf das Unternehmertum, die Gesetzgebung und die Vorsehung der wirtschaftlich-politischen Zustände für die Arbeiterklasse zu wirken. Die Einrichtungen und Tätigkeit der Gewerkschaften sind im besonderen auf die wirtschaftliche Umstellung vom Kapitalismus zur sozialistischen Wirtschaft einzustellen. In diesem Sinne stimmen wir auch der geplanten Arbeiterkademe in Frankfurt a. M. zu.

Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben jedoch nur in geschlossener, einheitlicher Front erfüllen, ebenso wie ihre Aktionen, ihr Handeln und Handeln der planmäßigen Vorbereitung bedürfen. Diese Voraussetzungen erfüllen die in letzter Zeit in Arbeiterkreise fünf Stuttgarter Forderungen, dem Rundschreiben der früheren Berliner Ortsverwaltung des U.S.B. u. a. Entstehung und Propagierung dieser Parolen lassen in ihren Begleiterscheinungen allzusehr das engere Parteibedürfnis erkennen. Letzteres zu betriebliehen kann natürlich nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein. Soweit die genannten Forderungen zurzeit realisierbar sind, sind wir auch selber

mit allem Nachdruck dafür eingetreten. Das wird auch ferner geschehen. Da bedarf es weder der täglichen Angriffe noch der Beschimpfung von den Stellen, die diese Forderungen propagieren. Das haben wir im besonderen gegenüber den Arbeitslosen hervor, für deren Unterbringung, Wiederbeschäftigung usw. die Gewerkschaften stets eingetreten sind.

Werden jedoch heute im Zeichen schwerer Wirtschaftskrise Aktionen usw. zur vollen Produktion u. a. verlangt, so bedeutet dieses entweder eine völlige Unkenntnis der Zusammenhänge unserer Wirtschaft, eine Verkenning der gegenwärtigen realen Machtverhältnisse oder aber eine gewissenlose, unverantwortliche Agitation unter Ausnutzung der Not und des Elends der Arbeitslosen, die aufs schärfste gebrandmarkt werden muß.

Wer sich Sozialist nennt, muß wissen, daß die Wirtschaftskrisen untrennbar zusammenhängen mit dem kapitalistischen System und daß das Arbeitslosenproblem seine definitive Lösung erst finden wird mit der Verwirklichung des Sozialismus. Aktionen zur Erzwingung der vollen Produktion usw. nach den vorgezeichneten Rezepten inszenieren, heißt, dem organisierten Unternehmertum in Zeiten der Krise in die Hände arbeiten zum Schaden der Arbeiter selbst. Das zeigen nur zu deutlich die bisherigen Erfahrungen.

Der in jüngster Zeit von der U.S.B. mit befristetem Ultimatum (Antwort bis 13. Januar 1921) zur Aktion an die Gewerkschaften und politischen Parteien ergangene Aufruf kennzeichnet sich selbst. Eine Partei, die im gleichen Augenblick zur allgemeinen Aktion aufruft, in der sie triumphiert über jede ihr gelungene Spaltung in den Reihen des internationalen Proletariats, eine Partei, die die Umstürzler Gewerkschaften als gelb beschimpft und die Einheit und Schlagkraft der Gewerkschaften aufs schwerste bedroht, kann mit ihrem neuesten Appell zur „gemeinsamen Aktion“ und „Einheitsfront“ nicht ernst genommen werden.

Der erweiterte Weirat fordert die Mitglieder des Verbandes auf, die Organisation in ihren Bestrebungen, die Interessen des gesamten Proletariats mit allen Kräften zu unterstützen, wie andererseits jeden Versuch aufs schärfste zurückzuweisen, der die Arbeiter in planlose Parteifront der Gewerkschaften zerlegt und damit die Arbeiterinteressen aufs schwerste schädigt.

Die ersten vier Absätze dieser Resolution wurden einstimmig angenommen, die weiteren fünf Absätze gegen 11 Stimmen (bei 86 Teilnehmern der Konferenz).

Dieser Punkt der Tagesordnung ist damit erledigt. Gertz (Berlin) wünscht Auskunft über die Zeit der Abhaltung des internationalen Metallarbeiterkongresses in Wien.

Dörmann: Positives läßt sich darüber noch nicht sagen. Im März soll eine Zusammenkunft des Zentralkomitees stattfinden. Dieses wird sich auch mit dem Termin des nächsten Kongresses beschäftigen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Berufs-konferenzen, führt Loth (Stuttgart) aus: Den Besungen der Generalversammlung entsprechen, hat der Vorstand Berufs-konferenzen abgehalten für die Goldarbeiter, Orthopädiemechaniker, Schmiede, für die Lokomotiv- und Waggonbauanstalten, für die elektrische Industrie, Getriebsindustrie, für die Zigarettenmaschinenfabriken. Von der Generalversammlung überwiesen sind noch Konferenzen für die Hausflößer, Paullempner, Walz- und Hüttenarbeiter, Feilenarbeiter, Schraubendreher, Metallbrücker und Knopfschmiede; neu beantragt sind ferner Konferenzen für die Sensenschmiede, die optische und die Autoindustrie, für die Diamantarbeiter, Kleinstler und für die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten.

Die abgehaltenen Konferenzen waren durch Austausch von Berufsfragen und von Fragen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen belebend und anregend; im Interesse der Organisation sind die Konferenzen nicht zu unterschätzen. Durch die Einsetzung von Kommissionen, die Material sammeln und an den Vorstand weitergeben, wird weitere nutzbringende Arbeit geleistet.

Durch die beim Vorstand von der Generalversammlung überwiesenen Aufgaben, die das innere Organisationsleben stark beeinflussen, werden die Berufs-konferenzen zum Teil überflüssig. An ihre Stelle treten Betriebsrätekongferenzen. Das Drängen unserer Kollegen geht auf Zusammenfassung einzelner Industriezweige und Konzerns, und wir werden unsere Aufmerksamkeit nach dieser Richtung wenden müssen. Im Hauptbüro wird jetzt eine Abteilung eingerichtet, die die Betriebsrätefragen und in Verbindung damit Berufsfragen zu erledigen hat. Damit soll nicht jede Berufs-konferenz beseitigt werden, eine Abhaltung aber nur stattfinden, wenn sie unbedingt nötig ist. In sich abgeschlossene Berufe werden auch künftig Berufs-konferenzen stattfinden müssen, für andere Berufe, die in einzelnen Gewerkschaften aufgehoben, werden sich die Konferenzen erübrigen.

Nach den Gedanken der Industrieorganisation wird eine Konferenz der im Vauverus tätigen Personen nötig werden. Wenn der Gedanke der Industrieorganisation festen Fuß gefaßt hat, müssen wir auf Grund der Ergebnisse der Verhandlungen im U.D.S.B. und im Weirat — den Kollegen Vorschläge unterbreiten hinsichtlich Überweisung von organisierten Kollegen aus der Metallindustrie nach der Bauarbeiterorganisation.

Eine der nächsten Konferenzen wird die der Hütten- und Walzwerkarbeiter sein müssen. Eine Konferenz der Sensenschmiede hat am 23. Januar in Warmen taget.

Für die Kleinstler ist eine Konferenz in Vorbereitung. Sie ist notwendig im Hinblick auf die besonderen Berufsfragen und die Gesundheitsbeschädigungen.

Die Gruppe der Diamantarbeiter war vor dem Krieg dem Internationalen Weltbund der Diamantarbeiter angeschlossen. Nach dem Krieg wurde unter Umgehung des Vorstandes von Amsterdam und von England aus Führung mit den Diamantarbeitern genommen. Die Verwaltung Hamau wollte auch zwei Vertreter nach England senden; die Kollegen belamen jedoch keine Einreiseerlaubnis. Um die vor-handenen Fragen zu regeln, ist eine Konferenz beabsichtigt.

Für die Eisenbahnwerkstättenarbeiter sind die Dinge so weit, daß wir uns ernsthaft mit dem Eisenbahnerverband auseinandersetzen müssen. Wir haben im Vorjahre versucht, auf lokalem Wege mit dem Eisenbahnerverband zu einem Einverständnis zu kommen; das ist uns jedoch nicht gelungen. Wir hielten und halten an dem Grundsatz fest, daß wir auf die Berufsarbeiter in den Eisenbahnwerkstätten Anspruch haben, und wir verlangten die Mitwirkung bei den Tarifverhandlungen. Die Eisenbahner lehnten uns das ab und behaupten, daß wir als Verband nicht bei den Tarifverhandlungen mitwirken können. Wir verhandeln das ganze Jahr und haben auch leghin wieder bei der neuen Bewegung der Eisenbahner eine Vertretung verlangt. Die Antworten lauteten ablehnend.

Die Beschwerden unserer Verwaltungen über die unschöne Agitation der Eisenbahner übersteigen alles Dagewesene. Mit den brutalsten Mitteln gehen die Verwaltungen dieses Verbandes gegen unsere Mitglieder vor. Durch Anschläge in den Betrieben, nach welchen unsere Mitglieder keine Zulagen erhalten, wenn sie nicht Mitglied des Eisenbahnerverbandes werden, und durch alle möglichen Schikanen werden unsere Mitglieder zum Eisenbahnerverband hinübergezogen. Wir müssen nach den neuesten Erfahrungen annehmen, daß der Vorstand der Eisenbahner die Bestrebungen der zwangsweisen Überführung unserer Mitglieder zum Eisenbahnerverband unterstützt. Wir wollen einen Bruchstreik durch eine Vereinbarung vermeiden, haben aber bis heute nichts erreicht und müssen nunmehr die Möglichkeit, die wir seit Jahr und Tag gegen den Eisenbahnerverband ausübten, zurückstellen und unsererseits die Agitation unter den Werkstättenarbeitern betreiben. Bei den Verhandlungen der Eisenbahner hat sich gezeigt, daß eine sachmäßige Behandlung der Werkstättenarbeiter nicht stattfand. Die Kollegen werden ganz schematisch eingereiht und wir können mit Recht sagen, daß ihre Interessen nicht richtig vertreten werden. Der Vorstand hat für diese Berufsgruppe eine Konferenz für Anfang März in Aussicht genommen.

In der Diskussion ergänzt Fintel (Welsert) die Ausführungen von Loth über die Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Er beklagt sich ferner über die Vertreter der Kfa, die den Metallarbeiter-Verband in Welsert bei Tarifverhandlungen nicht zugelassen haben. Wir müssen verlangen, daß wir überall, wo unsere Kollegen in Betracht kommen, berücksichtigt werden.

Bielchay (Worms) fordert eine Konferenz für die Knopfin-

Spiegel (Bielefeld) beantwortet eine Konferenz für die Näh-

Loß (Stuttgart): Eine Konferenz für die Nähmaschinenindustrie

Der Beirat ist mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung, die Entschädigung der

Der Beirat beschließt demgemäß.

Die Rechte der Mitglieder in der 4. Vertragsklasse, die als 4. Punkt

Berrat der Gewerkschaftsbürokraten oder großer Sieg

Die Sieg, sowohl Sieg der Kommunisten, als auch Nieder-

Am 16.00 Arbeiter sollte die Arbeitszeit auf 8 Uhr

Man weiß, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht so

Das ist in der gemeinsame Vertrag, sagt die

Am 11. Januar schreibt das Ruhr-Schau: "Der

Es ist eine Heiligung des Proletariats von Rheinland und

Am 10. Januar schreibt das Ruhr-Schau: "Der

Zum Kampf in Leipzig

In Leipzig nach am 6. Dezember 1920 in der Metallindustrie

lehnten sie geschlossen die Annahme von Arbeit ab.

Ab 15. November wurde auf Grund der bereits im Mai

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

Am 15. Dezember wurde dann unter dem Vorsitz des Demobil-

anderer Beziehung die Produktionsstätten, die Fabriken, der Offen-

Zu beachten ist auch die Anklage gegen den Kollegen Gentsch

Der Staatsanwalt konstruierte aus dem Verhalten des Kollegen

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Samstag den 6. Februar ist der 7. Wochenbeitrag

Für den Bezirk Erfurt wird zum baldigen Antritt ein

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbands-

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Erlangen:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Saarbrücken:

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Ulm:

Annulliert wird:

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Köln a. Rh.:

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zugzug ist fernzubalten:

von Formern und Gleiserearbeitern nach Erlangen (Erlanger

von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz u.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Finnland; nach

von Montagearbeitern nach allen Montagebetrieben der Dort-

von Orthopädiemechanikern und Handarbeitern nach Königsee

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht;

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines

Einzelbetriebes führen sollen, sind an den Vorstand zu richten.

